

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigefalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Außerordentlicher Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundesausschussung ist den Verbandsvorständen überlassen.

Der Bundesvorstand. Leipzig.

An die Gewerkschaftsmitglieder.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um eure und eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschlands, um die deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehdeten, sie haben ein gemeinsames Ziel: ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf eure Knechtschaft zu gründen.

Läßt euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen! Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch eure Zwitterkraft. Sie müssen zuschanden werden an eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen euch auf, dem selbsterwählten Reichspräsidenten Hindenburg eure Stimme zu geben!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zur Reichspräsidentenwahl am 13. März Die Vernunft soll entscheiden.

Vier Kandidaten stehen zur Wahl: Hindenburg, Hitler, Thälmann, Duesterberg. Die beiden zuletzt genannten kommen nicht in Frage. Ihre Kandidatur hat nur zum Ziel die Zersplitterung der Stimmen. Jede an Duesterberg oder Thälmann abgegebene Stimme ist eine zwecklose Demonstration. In der heutigen Zeit können wir uns aber noch viel weniger als in der Vorkriegszeit den Luxus gestatten, Politik zu machen, ohne den Verstand dabei zu benutzen. Nachdem wir uns klar sind, daß Thälmann oder Duesterberg nur Zahlkandidaten sind, können wir uns nur entscheiden für

Hindenburg oder Hitler.

Die Rechtsparteien haben vor sieben Jahren Hindenburg auf den Schild gehoben. Jetzt sind sie von Hindenburg bitter enttäuscht, weil er ihre Staatsstreichpläne abgelehnt hat, weil er die bestehende Verfassung schützte. Nunmehr wollen die reaktionären Rechtsparteien, die Gewaltanbeter, die Polikiker des Knüttels, Hitler haben. Sie, die Gegner einer logischen Weiterentwicklung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, lassen es sich Millionen kosten, eine mussolinische Imitation auf den Präsidentenstuhl zu bringen. Hitler ist also der Kandidat der Arbeiterfeinde, ist der Kandidat aller Feinde der Demokratie und Republik. Unter Hitler sollen sich die nationalsozialistischen Mordbanden unter Führung der stellunglosen Lenkanten aus der Vorkriegszeit austoben.

Hitler heißt Faschismus, heißt finsternes Mittelalter, heißt Sklaverei der Arbeiterklasse, heißt Faustrecht und Unkultur.

Ein Arbeiter oder Angestellter, der Hitler seine Stimme gibt, veründigt sich schwer an seinen Klassen Genossen. Hitler will alle noch vorhandenen sozialen Errungenschaften sofort beseitigen. Die Nationalsozialistische Partei hat bereits ausgesprochen, alle von der Arbeiterschaft geschaffenen Einrichtungen, wie Gewerkschaftshäuser, -schulen, Verbands-

Wollt ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf euch häuft, auch noch zu eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt ihr wieder wie einst der Willkür eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger eures Willens sind, willenlose Befehlspfeiler eines faschistischen Staates treten? Wollt ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung eurer Rechte gewährleisteten?

Ihr wollt das nicht, ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetze von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde eurer Freiheit müßt ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft eures unbeirrbar politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen euch auf, dem selbsterwählten Reichspräsidenten Hindenburg eure Stimme zu geben!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

häuser, Sportplätze usw., zu beschlagnahmen, d. h. zu rauben. Also Auslöschung der Arbeiterbewegung überhaupt. Hitler bedeutet aber auch eine Kriegsgefahr, seine Herrschaft bedeutet blutigsten Bürgerkrieg, bedeutet Triumph der Dummheit und Rohheit über alles Geistige und Kulturelle. Soll ein Mann Reichspräsident werden, der vor Gericht erklärt hat, er werde Köpfe rollen lassen, wenn er zur Macht käme? Allerdings hat damals die ganze gefittete Welt ein schallendes Gelächter angestimmt über einen solchen „Führer“ und „Staatsmann“. Aber kann Deutschland einen Präsidenten brauchen, über den die gefittete Welt lacht, einen Präsidenten, hinter dem eine Mörderbande steht, die nur darauf wartet, die Volksgenossen abzuschlachten zu dürfen?

Jede Stimme, die gegen Hindenburg abgegeben wird, erhöht die Siegesaussicht für Hitler.

Schon im ersten Wahlgang muß der blutrünstige Faschismus, muß Hitler geschlagen werden. Die deutsche Arbeiterschaft muß der ganzen zivilisierten Welt zeigen, daß sie fähig ist, zu führen; sie muß beweisen, daß sie nicht aus Phantasten und Narren besteht, sondern aus Frauen und Männern mit klarem Blick und logischem politischem Denken und Handeln. Die internationale Arbeiterschaft erwartet vom deutschen Proletariat die Rettung der Demokratie. Deshalb wiederholen wir zum Schluß noch einmal: Wir haben nur die Wahl zwischen Hindenburg und Hitler, zwischen folgerichtiger Weiterentwicklung oder Vernichtung und Zerstörung. Eins oder das andere. Hitler oder Hindenburg. Ein Drittes gibt es nicht. Weil wir wissen, um was es geht, deshalb sagen wir aus vollster Überzeugung:

Hitler muß auf der Strecke bleiben! Nieder mit dem Scharfrichter! Alle Stimmen für Hindenburg!

Eine Spitzenleistung in der Mitgliederwerbung.

Die Zahlstelle Köln ist selbstverständlich stolz darauf, den Kollegen Hans Jörg als Mitglied zu haben. Hans Jörg hat nämlich — der Wirtschaftskrise zum Trotz — in zehn Wochen 61 Mitglieder gewonnen. Das ist zweifellos eine Spitzenleistung ersten Ranges, die jeder zu würdigen weiß, der die mühevollen und nicht immer angenehme Kleinagitation kennt.



Eine solche Rekordleistung zu vollbringen, wie unser Kollege Hans Jörg, erfordert ungeheuren Optimismus, tiefinnerliche Überzeugung von der Sache, die man propagiert, unerschütterlichen Glauben an sich und an die hohe Mission der Gewerkschaften, aber auch Entschlossenheit und zähe Ausdauer.

Wir bringen unseren Mitgliedern im Reich den Kollegen Hans Jörg im Bild zur Kenntnis. Vielleicht kann er auch auf diese Weise noch Energien ausstrahlen und auslösen dort, wo Kleinmut vorhanden sein sollte.

Wie die Regierung in Dänemark den Lohnstreit schlichtet.

Der drohende Arbeitskampf in Dänemark ist durch das Eingreifen des Ministerpräsidenten Stauning und unter Mitwirkung des staatlichen Schlichters in der Weise beigelegt worden, daß sämtliche im Jahre 1932 ablaufenden Tarifverträge um ein Jahr verlängert wurden.

Der Schlichtungsvorschlag sieht weiter vor, daß bezüglich einiger Fragen, über die bisher keine Einigung erzielt werden konnte, neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Spitzenorganisationen der Arbeiter und Arbeitgeber unter Leitung des staatlichen Schlichters aufgenommen werden sollen. Diese Verhandlungen sollen bis zum 1. November 1932 beendet sein.

Damit sind die für die Arbeiter unannehmbaren Forderungen des Arbeitgebervereins auf 20prozentigen Lohnabbau, dreijährige Laufzeit sowie gemeinsame Ablauffrist sämtlicher Verträge zum 1. Januar fortgefallen, und die Tarifbewegung hat einen für die dänischen Gewerkschaften zufriedenstellenden Abschluß gefunden.

In Deutschland läuft bekanntlich die Regierung beim Lohnabbau den Unternehmern immer ein großes Stück voraus. Lange hinterher schickt sie dann einen sogenannten Preisabbaukommissar, der sich einbildet, die Sozialversicherung abbauen zu müssen. Freilich, Ministerpräsident Stauning in Dänemark ist auch ein Sozialdemokrat.

700 Millionen Mark Dividende.

Die Krise geht naturgemäß auch nicht an der Rentabilität der Unternehmungen vorüber. Sehr viele Gesellschaften vermochten keine Dividende zu verteilen. Manche Leser werden aber doch staunen, daß im Jahre 1931 noch eine Gesamtdividendensumme von rund 700 Millionen Mark ausgeschüttet werden konnte. In den „Wirtschaftlichen Nachrichten“ der Berliner Handels-Gesellschaft vom 6. Februar lesen wir folgendes: „Nach einer vor kurzem erschienenen Bilanzstatistik haben im vergangenen Jahre rund 1500 Gesellschaften, die ihr Geschäftsjahr per Ende 1930 oder zu einem späteren Termin abschlossen, Dividenden zur Verteilung gebracht, die einen Gesamtbetrag von etwa 700 Millionen Mark ausmachten. Wenn auch die Zahl der Dividenden verteilenden Gesellschaften gegenüber dem Vorjahr erneut um rund 25 Prozent zurückblieb, so zeigt es sich jedenfalls, daß selbst eine Krise, wie sie bis jetzt kaum zu verzeichnen war, noch nicht alle Aktienunternehmungen zur Dividendenlosigkeit verurteilt.“

Diese Ausführungen von sachmännischer Seite bestätigen den Eindruck, daß es manchen Unternehmungen selbst in der schwersten aller Krisen noch verhältnismäßig gut gegangen ist.

Sozialdemokratie fordert Sozialisierung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen „Entwurf eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie“ eingereicht. Gefordert wird die Sozia-

lisierung der Kohlenbergwerke einschließlich der Nebenbetriebe und der Erzbergwerke und der Hütten- und Walzwerke.

Außerdem fordert die Sozialdemokratische Partei die Auslegung einer Goldprämienanleihe zum Zwecke des Kleinwohnungsbaues und sonstiger Arbeitsbeschaffung. Desgleichen wird die Änderung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 verlangt zwecks Beseitigung der verschiedenen Härten auf sozialpolitischem Gebiete.

4. Ausschussigung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß auf diese Aufgabe alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden. Diese Überzeugung beherrschte die weiteren Verhandlungen des Bundesausschusses. Eggert führte aus:

An der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die erstmals vom Bundesausschuss im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongress erhobene Forderung nach einer allgemeinen gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche.

Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, hat aber in dieser Frage völlig verjagt.

Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht.

In die zweite Gruppe gehören alle jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen samt und sonders abzulehnenden Plänen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben. Alle diese Pläne tragen die Gefahr in sich, daß ein „Armeleutegeld“ eingeführt wird, daß das schlechte Geld des besseren verdrängt.

In der dritten Gruppe, in den Plänen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, standen verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe.

Eggert besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung, Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Woytinsky stehen und sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung. Die Beratung steht in den Anfängen.

Leipart faßte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den Bundesausschuss zusammen, indem die unabwendbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindringlich Ausdruck fand.

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, erklärte er, geht uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Zahlen der Arbeitslosigkeit verborgen ist.

Über das

Wagemann-Projekt

sprach der Direktor der Arbeiterbank, Geheimrat Bachem. Bei früheren Krisen sammelte sich bei den Finanzinstituten Geldkapital, das zu relativ niedrigem Zinssatz der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnte. Bei der gegenwärtigen Krise ist ein plötzlicher Zusammenbruch von Finanzinstituten eingetreten, der Zufluß der Kapitalien ist ausgeblieben. Die Finanzinstitute hatten die goldene Regel der Banken verkehrt. Sie hatten kurzfristige Gelder in langfristigen Anlagen angelegt.

Das Vertrauen in die Finanzinstitute ist weithin geschwunden, das Geldkapital wird gehortet. Dieses Mißtrauen verschärft die Krisenerscheinungen. In der modernen Kreditwirtschaft spielt das Girogeld eine besondere Rolle. Dieses Geld entflieht im allgemeinen auf dem Wege eines Kreditvertrages, den die Bank mit einem Kunden abschließt. Jedes Bankinstitut kann heute einem Kunden einen solchen Kredit einräumen. In diesem Kreditgeld sah Wagemann den Hauptgrund für die heutige Versteifung, und er glaubt, das Girogeld müsse mit dem Deckungsprinzip in Einklang gebracht werden.

Die revolutionäre „Schlamperei“ in der AGO.

Was man in Österreich mit Schlamperei bezeichnet, nennt man in Bayern Sanftall. Die AGO in Berlin ist mit diesen Eigenschaften ausgerüstet, wie sie selbst in einem Rundschreiben an ihre Funktionäre feststellte. Hören wir also:

Werter Kollege!

Besondere Umstände veranlassen uns, die im Arbeitsplan vorgegebene Org.-Konferenz ausfallen zu lassen.

Es findet an diesem Tage

am Freitag, dem 12. 2. 32, abends 8 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, eine

große Funktionärerversammlung aller Funktionäre des UB. Südost statt.

Da sehr wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist die Anwesenheit jedes einzelnen Funktionärs von großer Bedeutung.

Beginn pünktlich 8 Uhr. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Jeder Orgleiter der Gruppe bringt eine Anstellung sämtlicher Funktionäre seiner Gruppe zwecks Anstellung neuer Funktionäre answaise mit.

Diese Einladung ist als Anweis mitzubringen.

Da der Umtausch der Karten bis zum heutigen Tage sehr mangelhaft ist, ersuchen wir daraus die Schlamperei in unserer Kassierung. Da wir aber kein Interesse daran

Die Deckung in Gold und Devisen sichert den Spitzenausgleich zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften, also den Ausgleich der Zahlungsbilanz. Die Deckung muß sich also in erster Linie auf das Geld erstrecken, das diese Funktion hat. Welches Geld ist das? In erster Linie die große Note von 100 Reichsmark aufwärts und das Girogeld. Vor allem das Girogeld in Form von Schecks in der Währung des betreffenden Landes. Für dieses Geld muß eine Deckung vorhanden sein. Für den inneren Markt kommen fast ausschließlich die Scheidemünzen und kleinen Noten in Betracht, die ungefähr vier Fünftel des Geldumlaufs ausmachen. Für den internen Geldumlauf ist eine Deckung in Gold und Devisen unnötig.

Wagemann verspricht sich von der Durchführung seines Planes eine Austaumung der gefrorenen Geldleitungen.

Naphatali (Forschungsstelle): Die Krise erweist sich mehr und mehr als eine internationale Kreditkrise. Diese verschärfenden Momente können nur beseitigt werden durch Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Vertrauens und der politischen Beruhigung.

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist der Wunsch von uns allen. Aber der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Illusionen wecken. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen können, so wäre das ein Erfolg. Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es tatsächlich möglich wäre, eine Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Niemand kann der Leitung der Reichsbank im letzten halben Jahr Orthodoxie vorwerfen. Bisher hat man durch die Kreditkrise gerissene Lücken in den Umlaufmitteln ausgefüllt. Aber wir bewegen uns am Rande des noch gerade Erträgliches.

Wahrscheinlich wird man mindestens drei Milliarden zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand zur Beschaffung von Arbeit für eine Million Arbeiter brauchen. Das muß zu Kreislaufstörungen führen und die Währung gefährden.

Zu Beginn der Aussprache verteidigte Tarnow noch einmal gegenüber den Einwänden Naphatalis den von ihm vertretenen Arbeitsbeschaffungsplan und die von ihm vorgesehene Finanzierung.

In der weiteren Aussprache wird insbesondere unter Hinweis auf den Bauplan betont, daß die öffentliche Hand eingreifen muß.

Die Hauszinssteuer, die auf der Grundlage der Instationsgewinne der Hausbesitzer beruht, muß in eine Rentenschuld umgewandelt werden. Die Arbeitsbeschaffung ist der einzige Ausweg.

Zwei Milliarden Reichsmark würden ausreichen für die Beschäftigung von einer Million Arbeitern. Ein großer Teil der Lohnkosten würde aufgebracht werden durch Ersparnisse an Unterstufungen. An zusätzlichem Kredit wären höchstens 1,2 Milliarden Reichsmark zur Verwirklichung dieses Planes erforderlich. Zusätzliche Kaufkraft von 1,2 Milliarden Reichsmark würde jedoch die deutsche Währung nicht in Gefahr bringen. Wenn dagegen das Volk die Überzeugung gewinnen würde, die Regierung sei auf dem Wege, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, so würde das Vertrauen zum Staate wachsen.

Leipart stellt fest, daß die Frage, der die Beratungen gewidmet waren, so weit geklärt worden sei, daß die Gewerkschaften ihre Forderung nach Arbeitsbeschaffung mit größerer Sicherheit und besser fundierten Gründen in der Öffentlichkeit vertreten können.

Damit sind die Beratungen über das Problem der Arbeitsbeschaffung abgeschlossen, und es wurde zur Wahl des Bundeskassierers geschritten. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress hatte den Bundesausschuss mit der Wahl betraut. Leipart schlägt im Namen des Bundesvorstandes den Kollegen Ernst Schulze, bisher Sekretär im Bundesbüro, zum Kassierer vor. Ohne Aussprache folgt der Ausschuss diesem Vorschlage und wählt Schulze einstimmig zum Kassierer des Bundes.

haben, die Hälfte der Mitglieder zu verlieren, verpflichten wir euch, sofort dafür zu sorgen, daß alle Karten sofort zum Umtausch eingezogen werden, auch dann, wenn sie nicht ordnungsgemäß geklebt sind.

Wir müssen jetzt auf jeden rückständigen Betrag verzichten und dafür Sorge fragen, daß die Kollegen schnellstens im Besitz ihrer neuen Mitgliedskarten gelangen, damit sie nicht wieder 12 Wochen im Rückstand bleiben.

Sorgt dafür, daß alle Kollegen innerhalb einer Woche ihre Mitgliedsbücher besitzen.

Dies zur besonderen Kenntnis!!!

Mit prof. Gruß

UBA der AGO. Südost.

Sekretariat, Enkestraße 4. Abtlg. Org.

Stempel: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition,

Unter-Bez. Südost.

Die „besonderen Umstände“ weswegen die Konferenz ausfallen muß, liegen natürlich in der Schlamperei. Daß die Mitglieder für eine schlampige Leistung nicht gern Beiträge zahlen, ist erklärlich. Die Leitung gibt ihre Schlamperei zu und verzichtet auf die nichtgezählten Beiträge, damit die Mitglieder nicht weglassen sollen. Ist das überhaupt noch eine Organisation?

Die Leitung der revolutionären Gewerkschaftsschlamperei Berlin, Unterbez. Süd-Ost (Italien = Süd, Rußland = Ost), ist am besten, wenn sie sich in ihren eigenen Sanftall schlafen legt und lässig schnarcht. Das klingt revolutionär und erfordert gar keinen Geist.

Der Reichsverband der Industrie fordert!

Der Reichsverband ist auf dem Gebiete des Forderns überhaupt sehr stark. Das Fordern scheint beruflich zu sein. „Reform der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsfürsorge“ fordert er. Jawohl, eben erst erhalten die Banken Staatsgelder, also Gelder aus Mitteln der Steuerzahler (deren größere Masse aus Arbeitnehmern besteht), als Ersatz für das von „Wirtschaftsführern“ verschleuderte Vermögen (Lafusen, Schultheiß-Pahenhofer usw.). Vielleicht gibt man die aus der Wohlfahrtsfürsorge fließenden Mittel auch noch den Unternehmern.

Die Regierung soll sich künftig freihalten von Eingriffen in die private Rechtssphäre. Dabei kommen die Herren Wirtschaftsführer zur Regierung und betteln um Hilfe, also um „Eingriffe der Regierung“ in die private Rechtssphäre.

Die Regierung wird ersucht um „Wiederherstellung des Vertrauens der unternehmerischen Kräfte“. Wer hat denn dieses Vertrauen verwirrt? Waren es wirtschaftlich nicht die „Wirtschaftsführer“? Und politisch nicht ihre Freunde und Kostgänger, die Nazis?

Weiter fordern die Herren „vor allen Dingen, daß das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage wieder zur Geltung komme, und daß sobald wie möglich auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen eine freie Entwicklung wieder hergestellt werde im Sinne der Ermöglichung freier Vereinbarungen, insbesondere über den Arbeitslohn. Das bedeute keinen Angriff auf das System der Tarifverträge, sondern eine Anpassung an die wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten, eine Auflockerung der Erstarrung, die in höchstem Maße unsozial wirke, weil sie dem einzelnen keine Besserung seiner Lage, sondern im Gegenteil den Verlust der Arbeitsstätte bringe“.

Da könnte die Reichsregierung mit vollem Recht antworten: „Wir haben für euch des Guten schon so viel getan, daß uns zu tun fast nichts mehr übrig bleibt!“

Daß die Unternehmer ausdrücklich betonen, diese Forderung bedeute keinen Angriff auf das System der Tarifverträge, besagt alles, nämlich: Laßt uns nur volle Freiheit, gerade jetzt ist die Zeit, das ganze Tarifsystem zu zerbrechen! „Spiegelberg, ich kenne dir!“

Ist die Technik ein Fluch oder ein Segen?

Je mehr die Arbeitslosigkeit sich ausbreitet, desto mehr beginnen sich die Menschen Gedanken darüber zu machen, ob die Technik ein Fluch oder ein Segen für die Menschheit sei. Die Maschine, die viele Arbeiter brotlos macht und sie vielleicht für immer aus dem Produktionsprozeß ausschaltet, kann trotz ihrer vorzüglichen Eigenschaften zum Gegenstand des Hasses werden. Doch sollten wir uns über all diese Dinge ein objektives Urteil bewahren. Es genügt nur, der Technik Segen allen zuteil werden zu lassen. Der bekannte Techniker Erzelenz Dr.-Ing. Oskar von Miller deutete in seiner Rede, mit der er das Wintersemester im Haus der Technik in Essen eröffnete, an, wie die Technik allgemein wieder zur Wohltäterin der Menschheit werden könnte. Wir veröffentlichen daraus folgende bemerkenswerte Stelle:

„Trotz all ihrer Wohltaten für die Menschheit wurde die Technik immer angefeindet. Sie hat nämlich die Eigenschaft, daß sie Menschenarbeit entbehrlich macht. Schon die ersten Spinnmaschinen versuchte man deshalb zu zerlegen; das war ebenso unsinnig, als wollte man den Apfelbaum abhauen, weil er die Früchte mit weniger Arbeit liefert als ein Kartoffelacker. Jetzt sind wir wieder in einer Periode, in der die Menschen Angst vor der Technik haben. Aber die Technik ist gewiß nicht schuld an den jetzigen Verhältnissen. Schuld ist vielmehr, daß die Menschen den Fortschritten der Technik auf anderen Gebieten nicht schnell genug folgen konnten, wie zum Beispiel mit ihren sozialen Anschauungen und ihrer finanzwirtschaftlichen Organisation. Die Technik lehrte zwar Werte zu schaffen, aber niemand lehrte die Menschen, sie richtig zu verteilen. Eine wirkliche Überproduktion wäre erst dann zu befürchten, wenn einmal alle Menschen gute Nahrung hätten, alle warm und hübsch gekleidet wären, alle eine Wohnung hätten, die ihnen eine Heimat wäre. Zur Bekämpfung der vorübergehenden Überproduktion genügen nicht die bisherigen Mittel. Es hilft nicht viel, wenn man den Menschen sagt, sie sollen ihre Bedürfnisse einschränken. Den Verbrauch erhöhen und die Menschenarbeit einschränken, das sind die einzigen Möglichkeiten. Davor hat man eine furchtbare Angst. Die Einschränkung der Menschenarbeit erfolgte ja tatsächlich, aber so planlos, daß man Arbeitswillige auf die Straße setzt und ihnen dann Unterstufungen zahlt. Ich glaube, man kann die Menschenarbeit viel planmäßiger einschränken. Das wäre kein Unglück. Statt der zehn-, zwölf- und vierzehnstündigen Arbeitszeit sind wir jetzt mit einem kürzeren Arbeitsstag gut ausgekommen. Will man die Arbeitszeit nicht einschränken, so kann man sich auch dadurch helfen, daß man die freien Tage vermehrt.“

Das ist alles richtig, berührt aber nicht den Kern des Übels. Solange sich die kapitalistischen Produktionsmittel nicht im Besitz der Gesellschaft befinden, so lange können die Produkte nicht rationell verteilt werden. Der Privatkapitalismus läßt das nicht zu.

Eiserne Front und Hammerchaften marschieren!

Im ganzen Reich ein Massenaufmarsch der Eisernen Front. Eine Bewegung wurde entfacht, die dem Massenwutlauf ihre Berechtigung herzunehmen in der Lage ist. In Großstädten, in Industriegebieten, in Kleinstädten, auf dem Lande — von überall kommen sie zuhause, um darzutun, daß sie bei dem Kampf um Republik oder Diktatur dabei sein wollen. Die Arbeitermassen wissen, daß es in den nächsten Wochen um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung geht. Deshalb muß alles darangesetzt werden, Hitler bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März „über den Haufen zu rennen“. Erreulich ist dabei, daß namentlich die Hammerchaften sich vorzüglich entwickeln. Und dies, trotzdem es den Arbeitern in den Betrieben wirklich miserabel geht. Und selbst die Ärmsten der Armen, die Arbeitslosen, stellen sich mit ihrer ganzen Person zur Verfügung. Eine Bewegung, die von einem solchen Impuls und einer derartigen inneren Festigkeit

getragen ist, wird dafür sorgen, daß die Bäume der Nazis nicht in den Himmel wachsen. Deshalb weiter mit und für die Eiserne Front, bis der „Mythos des 20. Jahrhunderts“ zur lächerlichen Figur herabstinkt.

Nationalsozialistischer Schwindel.

Die Unternehmer lachen.

Am weinfrohligen Rhein haben die Nazis während der Fastnachtszeit folgendes Flugblatt verbreitet:

Der Revolutionär!

Organ der nat.-soz. Betriebszelle.

Folge 1.
Verantwortlich für den Inhalt:
Fritz Kern, Darmstadt.

Februar 1932.
Druck: Betriebszelle Mz. Kofthelm. Walter Grimm, Mainz, Kaiserstraße 2.

Der Kampf beginnt!

Zum erstenmal greifen wir nationalsozialistischen Arbeiter der „Zellulose“, Mz. Kofthelm, in den Kampf um die Befreiung des deutschen Arbeiters aus den Sklavenfesseln kapitalistischer Ausbeuter ein. Und weil wir rücksichtslos und offen uns für die Interessen der arbeitenden Massen einsetzen, sind wir Revolutionäre. Unser Kampf gilt: Jeder kapitalistischen Ausbeutung, in welcher Form und Gestaltung dieselbe auftreten mag!

Unser Kampf gilt: Jeder marxistischen, verborgenen Gewerkschafts-Führung und ihren zu Kapitalistenknechten herabgesunkenen Vertretern.

Unser Kampf gilt: Bis zur Vernichtung allen gelben und wirtschaftsfriedlichen Verbänden.

Es gibt keine Verständigung zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten!

Deshalb die Freundschaft zwischen Hitler und den Unternehmern. Deshalb zahlen die Unternehmer Millionen für die Nazibewegung. Ein anständiger Arbeiter wird mit Verachtung an einer solchen bodenlosen Heuchelei vorbeigehen. Es sind nicht die besten Klassengenossen, die mit den Nazis und den Unternehmern gemeinsame Sache machen. Die „Befreiung des deutschen Arbeiters“ sagt der Nazi. Jawohl, in Italien hat der Faschismus die Arbeiterschaft schon befreit von jeder Freiheit.

Die Antwort soll Hitler am 13. März bei der Reichspräsidentenwahl erhalten.

Frauenfragen.

Dresden. Am 26. Januar 1932 fand eine Funktionärinnen-Konferenz statt. Kollegin Löhlein eröffnete die Sitzung mit ermahnenden Worten an die Funktionärinnen, im Kampfjahr 1932 mit neuem Mut und neuer Kraft für den gewerkschaftlichen Gedanken einzutreten. Herr Dir. Ebert hielt zum ersten Punkt der Tagesordnung einen Vortrag über den „Geburtenrückgang als wirtschaftliches Zukunftsproblem“. In Hand anschaulich Lichtbildmaterial gab der Referent einen tiefen Einblick in die Entwicklung des Geburtenrückgangs und zeigte, wie stark sich der Geburtenrückgang von 1901 bis 1929, also in einer Zeit von 30 Jahren, volkswirtschaftlich betrachtet, in Deutschland ausgewirkt hat. Der Frauenüberschuß, eine Folge des grausamen Krieges, spielt hier ebenfalls eine Rolle: Lösung der Frau, Eintreten in den Produktionsprozeß, Selbstständigkeit. Hier betonte der Referent, daß noch sehr wenig Verständnis dafür vorhanden ist, die Frau in ihrer Arbeit mehr zu achten. Gleichzeitig wies er auf die Notwendigkeit betr. Befreiung der Arbeiterinnen mit weiblichen Kräften hin, die Tätigkeit der Frau als Schöpfung, Ärztin, Fürsorgerin usw. Sie eignet sich vortrefflich dazu. Die Diskussion war sehr reg, da der Vortrag arbeitsergebnisreich aufgezogen war. Einen Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterinnen-Agitationskommission im Jahre 1931 gab die Kollegin Heimann. Kollege Grafe wies mit Stolz auf den Ausbau unserer Agitationskommission hin. Dresden war die erste Zahlstelle, welche eine derartige Kommission ins Leben rief. Erst viel später folgten andere Zahlstellen nach. Durch die rege Mitarbeit der Kolleginnen der Agitationskommission sind manche Erfolge zu verzeichnen. Damit ist bewiesen, daß eine solche Agitationskommission für unsere Frauenbewegung notwendig ist. Kollegin Wermuth wünschte die Kommission noch zu erweitern, weil noch nicht alle Betriebe vertreten sind. Es wurden darauf die Kolleginnen Schneider, Fleischer, Locke und Buder zugewählt. Mit einem Appell an die Funktionärinnen, weiter wie bisher treu zur Organisation zu stehen und mitzuarbeiten, wurde die Konferenz geschlossen. Margarete Schiller, Schriftführerin.

Freiberg i. Sa. Die Zahlstelle Freiberg i. Sa. hielt am 7. Februar 1932 eine sehr gut besuchte Funktionärinnen-Konferenz ab. Kollegin Anna Hans (Mitglied der Arbeiterinnen-Bankommission) sprach über das Thema: „Die Rechtlosigkeit der Frau in der Vergangenheit und der Gegenwart“. Die Referentin schilderte die Kämpfe der arbeitenden Frauen um ihre wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung. Sie streifte ferner die Frauenausbeutung im Frühkapitalismus, z. B. die lange Arbeitszeit der Frauen und Kinder, als täglich noch 14-16 Stunden in feuchten, staubigen und unhygienischen Arbeitsräumen gearbeitet werden mußte. Es wurde keinerlei Rücksicht auf den körperlichen Zustand, das Alter oder die schwächeren Frauen genommen. Es bestanden ja zu dieser Zeit überhaupt noch keine Schutzbestimmungen. Die freien Gewerkschaften, die sich im UGB zusammengeschlossen haben, trafen immer in erhöhtem Maße für besseren Lohn, Tarifverträge, Arbeitsunfallversicherung, Urlaub und den Achtundtag ein. Für sie galt das Prinzip: „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn.“ Der Frauenüberschuß im erwerbsfähigen Alter ist zum größten Teil eine Folge des Krieges, in dem auf deutscher Seite 2 Millionen im besten Alter stehenden Männer starben. Die Frauen sind jetzt mehr auf sich selbst angewiesen und müssen ihren Lebensunterhalt durch Fabrikarbeit fristen. So haben wir heute Industriezweige, die ohne Frauenarbeit einfach undenkbar sind. Die Referentin betonte zum Schluß ihres Referats, daß die Frau den wirtschaftlichen und politischen Kampf aufnehmen und sich einreihen müsse in die politischen Organisationen des Proletariats, insbesondere in die freien Gewerkschaften, die jederzeit für die Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft für uns Frauen eingetreten sind. Kollege Tempel wies in seinem Referat besonders auf die Agitationsarbeit unter den Arbeiterinnen hin und erklärte, daß überall in den Betrieben alles getan werden muß, um die noch fernstehenden, unorganisierten Kolleginnen und Kollegen restlos der Organisation zuzuführen. H. Hanns.

Selb. Am 16. Februar sprach in einer gut besuchten Versammlung die Kollegin Jammert (Hannover). Sie ging aus von der Tätigkeit der Frauen bei den alten Germanen; schilderte die Frauen- und Kinderarbeit im Frühkapitalismus und beleuchtete die Ausbeutung der Frauen im heutigen kapitalistischen System. In der Porzellanindustrie gibt es sehr viele Frauen und Mädchen, die mit ihrer Gesundheit Raubbau treiben. Die Folge ist, daß recht häufig schwere Frauenkrankheiten auftreten und nicht selten der Familie die Mutter frühzeitig entrisen wird. Sie forderte die nicht organisierten Frauen auf, einzutreten in die Reihen der Kämpfer! Kollege Rager konnte die starke Zunahme der Frauenarbeit in der Porzellanindustrie zahlenmäßig nachweisen. Hierin in Reich und Glied, ihr Frauen; einmal kommt der Wendetag, wenn ihr mitkämpft!

Verschiedene Industrien

Die Kunstblumenindustrie im Jahre 1931.

Die Herstellung von Kunstblumen aus Gespinnstwaren hat 1931 im Vergleich zu 1930 wiederum einen Rückgang zu verzeichnen. So betrug die Einfuhr im Jahre 1930 der Menge nach 8,30 Doppelzentner im Werte von 119 000 Mk. Die Einfuhr 1931 hingegen 14,55 Doppelzentner im Werte von 94 000 Mk. Der Menge nach ist also die Einfuhr gestiegen, dem Werte nach aber gesunken.

Die Ausfuhr betrug 1930 — 1775 Doppelzentner im Werte von 5 097 000 Mk. 1931 hingegen nur 1333 Doppelzentner im Werte von 3 959 000 Mk., so daß also die Ausfuhr der Menge nach um 422 Doppelzentner im Werte von 1 138 000 Mk. zurückgegangen ist. In demselben Maße wie die Ausfuhr ist der Inlandsabsatz prozentual zurückgegangen.

Im Gegensatz zur Rückwärtsentwicklung bei der Herstellung von Kunstblumen aus Gespinnstwaren ist in der Papierblumenbranche kein Zurückgehen der Ausfuhr zu verzeichnen. Mengennmäßig ist sogar eine Erhöhung gegenüber 1930 festzustellen. Die Einfuhrzahlen von Papierblumen 1931 im Gegensatz zu 1930 ergeben folgendes Bild: 1930 wurden 406 Doppelzentner im Werte von 294 000 Mk. eingeführt, 1931 betrug die Einfuhr 210 Doppelzentner im Werte von 191 000 Mark. Mengennmäßig ist die Einfuhr 1931 also um rund die Hälfte, wertmäßig um rund ein Drittel zurückgegangen.

Aber

die Ursachen der Wirtschaftskrise besteht heute kein Streit mehr. Die vielen bekannten Teilursachen für die Krise können alle auf den Generalnennner „kapitalistische Wirtschaftsordnung“ gebracht werden. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung allein hat die

6 Millionen

Menschen dem Nichts, der Hoffnungslosigkeit überantwortet. Sollen diese sechs Millionen mit ihren Familien verkommen? Welches Vorrecht auf Wohlleben hat ein Mensch vor anderen Menschen mit zur Welt gebracht? Keines! Deshalb fordern wir auch für die etwa 24 Millionen

Menschen

die dem Kreis der Arbeitslosen angehören, die Möglichkeit, Mensch sein zu können. Wir fordern für sie Existenz, d. h. Arbeit. Die Regierung ist vom moralischen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus verpflichtet, Abhilfe zu schaffen. Was wir sollen, müssen wir

wollen

und wenn wir ernstlich wollen, muß gelingen, was wir sollen, d. h. die Regierung muß wollen. Auf was soll gewartet werden? Die sechs Millionen Arbeitslosen haben mindestens dasselbe Recht auf

Arbeit

wie die Bankiers, Großindustriellen und Großgrundbesitzer auf staatliche Subventionen. Wir fordern von der Regierung Aktivität in der Arbeitsbeschaffung. Damit erfüllt die Regierung einfach ihre Pflicht. Die Arbeitslosen wollen keine Geschenke und keine Wohlthaten, sie wollen nur Arbeit und Verdienst

haben!

Ausgeführt wurden 1930 an Papierblumen 17 452 Doppelzentner im Werte von 11 255 000 Mk., 1931 hingegen 18 060 Doppelzentner im Werte von 11 233 000 Mk. Die Ausfuhr hat sich also mengenmäßig um 608 Doppelzentner erhöht, wertmäßig um 32 000 Mk. gesenkt.

In dem Hauptproduktionsgebiet von künstlichen Blumen, in Ostfriesland, war im Berichtsjahr die Arbeitsvermittlung schleppend. Nur vorübergehend waren Ansätze zur Industriebelegung erkennbar. So wurden Anfang des Jahres zahlreiche Arbeitskräfte für kurzfristige Beschäftigung angefordert. Allerdings immer nur auf einige Tage. Im Sommer stellten sich eine Reihe Blumenbetriebe auf Herstellung von Schmuckfedern um. Von Juli bis Oktober war daher starke Nachfrage nach Arbeiterinnen. Um den Bedarf zu decken, mußten sogar Arbeiterinnen von außerhalb vermittelt werden. Außerhalb des Hauptproduktionsgebietes liegen die Verhältnisse in der Blumenherstellung ähnlich.

Die Dekorations- und Papierblumenbranche hatte mit weniger Unterbrechung in allen ihren Produktionsbezirken das gesamte Jahr hindurch Beschäftigung. Wie aus den Ausfuhrzahlen zu ersehen ist, hat diese Industrie im Gegensatz zu 1930 im wesentlichen auch keinen Rückgang zu verzeichnen. Nur der Inlandsabsatz wurde zuweilen gehemmt. Durch falsche Auslegung des § 66 Abs. 2 GO. wurde von einer Reihe Stadtverwaltungen durch Polizeiverfügungen der Verkauf von Kunstblumen auf Märkten, in Markthallen sowie auf Friedhöfen unterbunden. Die Arbeitgeberorganisationen wie auch wir haben uns gegen die falsche Auslegung des § 66 Abs. 2 GO. gewandt. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat auf die ihm mehrmals zugegangenen Beschwerden unterm 28. Dezember 1931 an die Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin folgendes Schreiben ergehen lassen:

„Meine Erlasse vom 23. und 31. Oktober d. J. — III 345 und 3682 Rl. — sind von den Polizeibehörden vielfach dahin ausgelegt worden, daß dadurch der Handel mit Kränzen, die nicht aus selbstgewonnenen Erzeugnissen hergestellt sind, auf den Wochenmärkten gänzlich untersagt sei. Ich habe bereits in beiden Erlässen darauf hingewiesen, daß eine von den mitgeteilten Gerichtsentscheidungen abweichende Regelung auf Grund des § 66 Abs. 2 der Gewerbeordnung herbeigeführt werden kann, und mache

darauf aufmerksam, daß heimische Industriezweige darunter leiden würden, wenn der Verkauf von Kränzen, die nicht aus selbstgewonnenem Material gefertigt sind, nun auf allen Wochenmärkten, auf denen ein solcher Verkauf bisher üblich war, verboten würde.“

Ist die Verfügung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe für das laufende Jahr 1931 auch zu spät gekommen, so ist doch zu erwarten, daß sie für das Jahr 1932 ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die Löhne haben sich in der gesamten Kunstblumenindustrie senkt. Sie haben mit wenigen Ausnahmen, zuletzt durch die Einwirkung der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten, die Höhe der Löhne vom Januar 1927 erreicht. In der Heimarbeit sind die Löhne unter die von 1927 gesunken.

Die Rohstoffe für die Kunstblumenindustrie aus Papier und aus Gespinnstwaren sind im Gegensatz zu ihrem höchsten Stand 1928 ganz gewaltig im Preise zurückgegangen. Im Vergleich zu 1913 = 100 betragen die Indexziffern im Januar 1928 für Textilien 159, im Dezember 1931 nur noch 62,2. Der Papierindex betrug im Jahre 1928 = 151,3, im Dezember 1931 = 110,1. Der Kaufschuhindex betrug im Januar 1928 = 48,3 und ist bis zum Dezember 1931 auf 7,1 zurückgegangen. Der Lederindex betrug im Januar 1928 = 167,9, im Dezember 1931 = 71,0. Für industrielle Rohstoffe und Halbwaren zusammen betrug die Indexziffer im Januar 1928 = 134,4, im Dezember 1931 = 95,9.

Die Preise für Rohstoffe, die in der Kunstblumenindustrie Verwendung finden, sind vom Januar 1928 bis Dezember 1931 gesunken: Textilrohstoffe um 89,8, Papier um 42,9, Kaufschuh um 41,2, Leder um 96,9, industrielle Rohstoffe und Halbwaren zusammen um 28,5, im Durchschnitt um 59,8 Prozent. Die Löhne haben im Durchschnitt eine Senkung von 20 Prozent aufzuweisen. Der Doppelzentner-Durchschnittswert für fertige Papierblumen betrug 1928 673 Mk. u. 1931 621 Mk. Das ist eine Senkung von kaum 6 Prozent. Der Doppelzentner-Durchschnittswert für Kunstblumen aus Gespinnstwaren betrug 1928 2814 Mk. und 1931 2917 Mk. Hier ist sogar eine Steigerung des Wertes festzustellen. Bringt man nun die starke Preisenkung für Rohstoffe mit der Lohnsenkung und der Verkaufspreissenkung der Fertigprodukte in Verbindung, so ergibt sich, daß trotz Zurückgehens der Konjunktur die Unternehmer in der Kunstblumenindustrie gut verdient haben. Soweit Verluste entstanden sind, finden diese in der Hauptsache ihre Ursache im Leerlauf der industriellen Anlagen.

H. Eiflein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Biebrich (Mainz). Die Zahlstelle hielt am 14. Februar ihre Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht des Kollegen Reiß war ein erschütterndes Bild der Wirtschaftskrise, die in erster Linie den Fabrikarbeiter mit voller Wucht trifft. Unsere am Orte ansässige Industrie zeigte im Laufe des Jahres weiter rückläufige Konjunktur. Selbst die Stammfabrik des Dyckerhoff-Wilking-Konzerns zeigte zum ersten Male in ihrem 66jährigen Bestehen rauchlose Schornsteine. Trotz alledem bewies die gewerkschaftliche Idee in Biebrich erneut ihre Schlagkraft. Alle ablaufenden Lohnverträge konnten erneuert werden, so daß in den Groß- und in vielen Kleinbetrieben die Arbeitsbedingungen tarifvertraglich geregelt sind. Die Betriebsrätemahlen ergaben nur Freigewerkschaftler. Nur im JG-Betrieb Kalle sind im Arbeiterrat zwei Nazis vertreten. Die AGD konnte trotz ihres in Biebrich stehenden Bezirkssekretärs zwar den Verband beibehalten, aber kein Mitglied gewinnen. Unsere Mitgliederzahl ist um 68 zurückgegangen; dieser Rückgang ist aber eine Folge der Massenentlassungen. Die Auszahlung von über 50 000 Mk. an Unterstufungen sind ein Beweis gewerkschaftlicher Solidarität. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß unter den gegebenen Umständen zum Gegenstoß ausgeholt werden muß. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt: Martin Hörner und Peter Meurer Vorsitzende, Georg Heuser Schriftführer, Valentin Reiß Geschäftsführer. Eine lebhafteste Aussprache entspann sich über die Bildung der Eisernen Front. Es wurde jedem organisierten Fabrikarbeiter zur Pflicht gemacht, der republikanischen Abwehrorganisation beizutreten. Mit dem Goethewort: „Allen Gemalten — zum Trost sich erhalten!“ wurde die von gutem gewerkschaftlichen Geiste getragene Versammlung geschlossen. Martin Hörner.

Bitterfeld. Am 14. Februar tagte unsere Jahresversammlung. Anwesend waren 41 Delegierte einschließlich Ortsverwaltung. Geschäftsführer Krause gab zu dem gedruckten vorliegenden Jahresbericht noch einige Erläuterungen. In allen Betrieben unseres Bezirkes ist die Kurzarbeit eingezogen, einige Betriebe wurden stillgelegt, so die Tonrohrenfabrik Richter, die Meißner Ofen- und Porzellanfabrik und die Muldensteiner Werke. Die abgebrannten Tonrohren und Ziegelwerke Burgkennitz sind bis jetzt noch nicht wieder aufgebaut. Bis Mitte des Jahres war in der Papierfabrik Muldenstein Hochkonjunktur; auch hier setzte die Krise rapid ein. Durch die vom UGB verlangte Einführung der 40-Stunden-Woche fanden in geringem Maße Einstellungen von Arbeitskräften statt. Die Zahl der Beschäftigten in den Großbetrieben blieb fast unverändert. Am 31. Dezember 1931 betrug die Zahl der Beschäftigten in der Filmfabrik Wolfen 3622, in der Farbenfabrik Wolfen 1887 und in den Bitterfelder Werken 3327. In dem Arbeitsamtsbezirk Bitterfeld einschließlich Nebenstellen luden 21 162 Personen Arbeit. Davon waren Alt 4713, Frau 4357, Wohlfr. 7772, ohne Unterstufung 3720. Die Betriebsrätemahlen fanden unter heftigem Kampfe statt. Die AGD. setzte alles ein, um die freien Gewerkschaften zu zerschlagen. Sie haben es nicht erreicht, nur die Nazis haben sie munter gemacht; in zwei Betrieben sind Nazislisten eingereicht worden. Die AGD-Mehrheiten im Arbeiterrat haben ihre Unfähigkeit bewiesen dadurch, daß alles von unseren Kollegen erkämpft in einem Jahre verloren ging. Durch die Notverordnung hat allgemein ein Lohnabbau von 15 Prozent stattgefunden. Am Arbeitsgericht Bitterfeld wurden 85 Klagen vertreten; nur zwei Fälle wurden abgewiesen, alle anderen gewann der Verband. Zu vertreten waren 21 Fälle beim Oberverwaltungsamt; die Hälfte war von Erfolg. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß trotz der Krise die Finanzen günstig sind. Die Hauptkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 64 130 Mk. ab. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 8003,20 Mk. und für Krankenunterstützung 6760,80 Mk. ausgezahlt. Die Lokalkasse schließt mit 33 710,92 Mk. ab. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Von der aus sechs Kollegen bestehenden Ortsverwaltung wurden fünf wieder- und Kollege Schielbeil neugewählt. W. Sch.

Darmstadt. Am 7. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Stahl. Die Kennzeichen des Jahres sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit ihren Folgeerscheinungen: Lohnabbau, Betriebsstilllegungen, Eingriffe in Sozialpolitik und Arbeitsrecht. Die ganze kapitalistische Wirtschaft ist aus den Fugen. Daß gerade Notzeiten außergewöhnliche Anforderungen an die Leitungen der Zahlstellen stellen, beweist der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht. 10 Kreisverwaltungsbeschlüssen und 4 Kassenrevisionen fanden statt. Unter den 692 außenbüchlichen Fällen der Tätigkeit der Angefallenen sind zu nennen: 59 Mitglieder- und 87 Betriebsversammlungen; 83 Sitzungen mit Filialverwaltungen; 75 mit Betriebsvertrauensleuten und Betriebsräten; 89 Verband-

lungen mit Arbeitgebern; 37 Termine an den Arbeitsgerichten, 61 an den Arbeitsämtern, die restlichen an Tarifämtern usw. Die innen-dienstliche Tätigkeit ist aus den 10 598 Posten- und -ausgängen ersichtlich. Rechtschön war in 108 Fällen erforderlich für 751 Mitglieder. 67 Jubilare konnten für treue Mitgliedschaft geehrt werden. Die Jugend- und Frauenbewegung steckt noch in den Anfängen. Das Jahr 1931 brachte einen Verlust an Mitgliedern von 16 Prozent, teilweise verursacht durch Betriebsstillegungen. Entsprechend ist auch der Markenumsatz zurückgegangen und damit auch die Einnahmen für die Haupt- und die Lokalkasse. Zum Schluß wies Kollege Stahl darauf hin, daß mehr Mut und Energie gegen die Gewerkschaftsvertreter aufgebracht werden müsse. Mehr Vertrauen und Selbstbewußtsein zur eigenen Sache. — Die anschließende Diskussion zeigte weniger Kritik an den Arbeitern der Verwaltung als an der allgemeinen Situation, unter der die Arbeiterklasse zu leiden hat. Eine Entschleunigung, die sich mit der vierten Notverordnung befaßt, fand einstimmige Annahme. Alle anderen zur Generalversammlung gestellten Anträge wurden abgelehnt. Ein Aufruf an die Mitglieder zum Eintritt in die „Eiserne Front“ wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Einstimmig wurde der Verwaltung Entlastung erteilt und ebenso einstimmig erfolgte die Wiederwahl der gesamten Kreisverwaltung.

Halle. Am 31. Januar 1932 tagte unsere Delegierten-versammlung. Kollege Wachsmann bemerkte in seinem Geschäftsbericht, daß in allen Industrien die Beschäftigung sehr gering war. Die Industrie der Steine und Erden lag fast vollständig still. Auch die chemische Industrie hatte unter der Krise stark zu leiden. In der Papierindustrie war das Bild nicht besser. So stand das vergangene Jahr nur unter dem Zeichen der Arbeiterentlastungen und der Kurzarbeit. Daher war für den Verband die Arbeit in lohnpolitischer Hinsicht sehr erschwert. Sämtliche Arbeiter mußten sich mit einer Kürzung der Löhne abfinden. So konnte sich auch der Mitgliederstand nicht auf der gleichen Höhe halten. Aus den Ausführungen klang trotzdem die Entschlossenheit hervor, für die Interessen der organisierten Arbeiterschaft einzutreten. Den Geschäftsbericht gab Kollege Gittel. Die anschließende Ansprache war lebhaft und sachlich. Dem gesamten Vorstande wurde Entlastung erteilt. Als 3. Bevollmächtigter wurde Kollege Goethe gewählt.

Hamburg. Jahresbericht. Die Wirtschaftslage in den für unseren Verband zuständigen Betrieben verschlechterte sich von Monat zu Monat. In der chemischen Industrie wurden die Betriebe durch Rückgang der Produktion, hervorgerufen durch Mangel an Aufträgen oder Rohstoffen, mehr oder minder zur Kurzarbeit gezwungen.

Die Mineralöl- und Speisefabrikanten und die Papier-, Pappen- und Tapezierfabriken an Orte waren im Verhältnis zu den Betrieben im Reich gut beschäftigt.

Die Technisierung der Margarinefabriken in Verbindung mit der wirtschaftlichen Depression hat sich für unsere Kollegen außerordentlich ungünstig ausgewirkt. Die Konzernbetriebe können infolge der technischen Umstellung ihrer Betriebe ihre Wochen-aufträge fast ausnahmslos in fünf Tagen erledigen, wogegen die freien Betriebe im allgemeinen 48 Stunden voll arbeiten.

Die im Laufe des Jahres mit den Vertretern der einzelnen Industriezweige geführten Verhandlungen über die Einführung der 40-Stunden-Woche hatten meist keinen Erfolg. Eine Erhebung über die Arbeitszeit in der Woche vom 6. bis 12. Dezember, die sich über 76 Betriebe erstreckte, ergab, daß die darin beschäftigten Arbeitnehmer einschließlich der Handwerker arbeiteten: 48 Stunden = 4578, 40 bis 45 Stunden = 3987, 32 bis 40 Stunden = 1431, unter 32 Stunden = 390.

Seit Herbst 1930 wurde von den Unternehmern darauf hingewirkt, die Löhne zu senken. Ihre Forderungen gingen bis zu 20 Prozent Abbau. Im Durchschnitt beträgt der Lohnabbau für unsere männlichen Mitglieder 7,08 Prozent, für weibliche Mitglieder 7,29 Prozent bis Ende Dezember 1931. Hinzu kommt der Lohnerückfall, der sich aus der Senkung der Akkorde und der Prämien ergibt und der mindestens 5 Prozent des Gesamteinkommens ausmacht.

Die Wirtschaftskrise hat auch unsere Jugendabteilung weiter stark verringert. Trotzdem gelang es, die Abteilung anrechtzuerhalten. Das ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die Aktivität eines Teils der Jugendlichen selbst. Zur Förderung der Jugendarbeit wurden fünf Werberveranstaltungen durchgeführt, an denen sich 66 männliche und 31 weibliche Jugendliche beteiligten. Der Erfolg entsprach nicht ganz der aufgewandten Mühe und Arbeit. Immerhin konnten etwa 20 neue Mitglieder dem Verbands und der Abteilung zugeführt werden.

Bei den Betriebsratswahlen in unserem Verbandsgebiet wurden in zehn Betrieben von der A.G.O. zu der Wahl Sonderlisten eingereicht. Aber es gelang ihr nur in einem Betriebe, die Mehrheit an sich zu reißen; aber auch in diesem Betriebe hat sie nur die Mehrheit im Arbeiterrat, nicht aber im Betriebsrat. In den übrigen Betrieben verblieb sie trotz aller demagogischen Kräfte und Verleumdungen in der Minderheit.

Bei ungenügenden wirtschaftlichen Verhältnissen werden den Arbeitnehmern ihre Rechtsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis oft streitig gemacht. Aus diesem Grunde mußten vor den Arbeitsgerichten 61 und vor den Landesarbeitsgerichten fünf Klagen vertreten werden. Durch die Klagen wurde für die 69 klagenden Kollegen eine Lohnsumme von insgesamt 8095,91 Mk. erwirkt. Bei den Versicherungsämtern der Berufsgenossenschaften wurden zwei Rentenklagen (Jugendversicherung), 17 Klagen gegen die Berufsgenossenschaften wegen Abzug von Renten usw. sowie eine Klage gegen die Reichsbahn geführt. Diese Klagen endeten sämtlich mit einem Erfolg. Vor dem Spruchsausschuß des Arbeitsamtes Hamburg wurden 13 Einforderklagen durch Angehörte des Verbandes vertreten. Auch diese Klagen endeten mit Erfolg für die Kläger.

Infolge der wirtschaftlichen Depression und der kommunistischen Wählerarbeit ging die Mitgliederzahl um 973 zurück. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 552. Infolge Rückgangs der Mitgliederzahl ist auch der Umsatz der Beitragsmarken geringer als im Vorjahre. Er betrug pro Mitglied im Jahr durchschnittlich 43,28 Beitragsmarken. Die Einnahme für die Hauptkasse verzeichnet eine Mindereinnahme gegenüber 1930 von 159 272,15 Mk., die der Lokalkasse von 36 915,24 Mk. Nach einer in der Zeit vom 1. bis 12. Dezember vorzunehmenden Abzählung durch unsere Einkassierer waren 2175 männliche und 685 weibliche Mitglieder arbeitslos. Darunter sind Kollegen, die schon mehr als zwei Jahre arbeitslos waren. Dieser Zustand zeigt uns, daß die Forderung der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit dringender als je ist. Die Ortsverwaltung hat in Anbetracht der drückenden Notlage den arbeitslosen Mitgliedern wiederholt eine Sonderunterstützung gewährt. Insgesamt sind 2279,50 Mk. ausbezahlt worden.

Im Frühjahr 1931 hat die Arbeiterkassette vieles von ihren Erwerbslosen einbezahlt. Sie hat zweifellos noch vieles zu verschaffen. Es kommt darauf an, gerüstet zu sein, um bei weiterer Not wirksamer als bisher die Interessen unserer Mitglieder vertreten zu können. Der freiwillig wirtschaftliche Kampf ist die Grundlage zum Wiederaufstieg der deutschen Arbeiterklasse.

Kassel. In der Generalversammlung am 7. Februar 1932 erstattete Kollege Müller den Geschäftsbericht. Fast in allen Betrieben im Bereich der Zahlstelle war Kurzarbeit zu verzeichnen. Das Meer der Erwerbslosen ist ständig gewachsen. Vor dem Arbeitsgericht und vor dem Schlichtungsausschuß waren 41 Klagen zu erledigen, 32 Verhandlungen mit Arbeitgebern. Vor den Arbeitsverhörerämtern sind 51 Termine wahrgenommen worden. Lohnverhandlungen waren 9, Streikverhandlungen 11, sonstige Verhandlungen 102. Bei der überaus großen Mehrzahl der Klagen konnten wir unseren Kollegen und Kollegen zu ihrem Recht verhelfen. Der Schlichterbesuch betrug: Eingänge 1926, Ausgänge 2166 Briefe. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresschluß 2499. Das ist eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre um

168 Mitgliedern. Kollege Heinz gab den Kassenbericht. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse: balancierten mit 100 119,20 Mk. Als Unterstufungen wurden an die Mitglieder ausgezahlt: an Arbeitslose 51 483,15 Mk., an Kranke 4077,90 Mk., an Invaliden 6907,65 Mk., an Sterbegeld, Rostage- und Umzugsgeld 9374,70 Mk., an Streikende und Gemäßigerte 1200,44 Mk. Ein Beweis, wie die Gewerkschaft an Orte die schwere Notlage ihrer Mitglieder mit gelindert hat. Die Lokalkasse schließt mit einem Kassenbestand von 2227,24 Mk. ab. In der Diskussion wurden die üblichen Anwürfe der Opposition gebührend zurückgewiesen. In der Neuwahl wurde die Liste der Ortsverwaltung gegen 6 Stimmen gewählt. Nun nahm Kollege Karl vom Hauptvorstand das Wort zu seinem Referat: „Wirtschaftskrise und unser Verband“. In 14-stündigen Ausführungen kennzeichnete er die heutige Wirtschaftskrise und die Ursachen hierzu. Unter lebhaftem Beifall schloß Kollege Karl sein Referat mit der Aufforderung, auch in den Zeiten der Not dem Verbands die Treue zu wahren und weiter zu werben. Zum Schluß dankte Kollege Müller allen Funktionären und Mitarbeitern für ihre Arbeit im Interesse des Verbandes.

Eisen.

Die Spießer jauchzen:
Hiller kommt!
Laß ihn kommen:
Eiserne Front!

Märzenstürme:
die Wolken besonnt —
Der Boden zittert:
Wuchstige Front!

Deutschland soll frei:
und noch freier sein —
Schmeckernad blüht
die Eiserne ein!

Max Dorta.

Köln. Der Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise brachte im Jahre 1931 den von den Unternehmern geforderten und mit Hilfe der Schlichtungsorgane durchgeführten Lohnabbau. Die Notverordnung vom 8. Dezember bildet hierzu den Schlussstrich. Und das Schlimmste ist, keine Anzeichen einer Besserung. Es ist kein Trost, daß die fürchterbare Wirtschaftskrise nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt wütet. In allen Industriezweigen unserer Zahlstelle wurden insgesamt 3246 Arbeiter entlassen. Arbeitslose Mitglieder hatten wir am 1. Januar 1931: 1320; am 1. Januar 1932: 1748. Die Agitation für den Verband wurde äußerst lebhaft betrieben. Am Arbeitsgericht hatte der Verband 71 Klagen zu vertreten. Davon wurden 48 Klagen zugunsten der Mitglieder erledigt. Am Bezirkschiedsgericht der chemischen Industrie hatten wir 22 Klagen zu vertreten. Der finanzielle Erfolg ist folgender: am Arbeitsgericht 8430,46 Mk., am Bezirkschiedsgericht Chemie 1327,50 Mk., durch direkte Verhandlungen 4620,30 Mk., insgesamt 14 378,26 Mk. Die Betriebsratswahlen waren erneut eine Verfranzosung für den Fabrikarbeiterverband und Keramischen Bund. In 155 Betrieben wurden 412 Betriebsratsmitglieder gewählt. Davon erhielten: Fabrikarbeiterverband 321, Christlicher Fabrikarbeiterverband 52, die übrigen freien Gewerkschaften 21, kommunistische Opposition 14, Nazis 4. Auch die Bildung der Mitglieder ist in der Berichtszeit stark gefördert worden. An den Unterrichtskursen am Arbeiterseminar in Köln haben regelmäßig 72 Kollegen und Kolleginnen teilgenommen. Am Jugendkursus 3 Kollegen und 1 Kollegin. Am Unterrichtskursus in Wonnigen 4 Kollegen und 2 Kolleginnen. Die Mitgliederzahl konnten wir in der Berichtszeit noch um 40 steigern. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 6403. Wenn man die Zahl der Beschäftigten in unserem Zahlstellengebiet zugrunde legt, so ergibt sich, daß wir davon insgesamt 65 Prozent organisiert haben. Darüber hinaus findet ein Teil in den christlichen und freien Gewerkschaften seine Interessenvertretung. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 222 769,88 Mk. Der Hauptkasse konnten 81 064,25 Mk. überwiesen werden. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 257 942,73 Mk. einschl. des Lokalkassenbestandes vom Jahre 1930. Die Ausgaben 71 774,58 Mk. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 186 168,15 Mk. An Erwerbslosenunterstützung wurden 67 547,21 Mk., an sonstigen Unterstufungen aller Art 4387,75 Mk. veranschlagt. Den Arbeitslosen wurde in diesem Jahre aus der Lokalkasse die Sonderunterstützung mit denselben Sätzen gewährt. Es wurden zwei Einheitszüge zur Auszahlung gebracht. Der Gesamtbetrag, der zur Auszahlung kam, betrug 3600 Mk. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß wir durch gute verantwortungsvolle Zusammenarbeit die Zahlstelle groß und leistungsfähig erhalten haben. Die fürchterbare wirtschaftliche Krise konnte an dem stolzen Banner der Organisation nicht rütteln. Durch eine verstärkte Propaganda nach allen Richtungen hin konnte die Mitgliederzahl und auch die finanzielle Grundlage der Zahlstelle nicht nur gehalten, sondern auch noch gesteigert werden. Die Zeiten sind äußerst ernst und schwierig. Erkennen wir die Zeichen der Zeit, verstärken wir alle die Mitarbeit für den Verband, dann wird es sicher gelingen, ohne Schwächung der Organisation über diese Wirtschaftskrise hinweg zu kommen. Wir haben keine Zeit, müde zu sein!

P. Herwig.

Landwischhafen. In der Generalversammlung am 13. Februar erstattete Kollege Verringer den Geschäfts- und Kassenbericht. Das Berichtsjahr stand im Zeichen einer nie geahnten großen Erwerbslosigkeit. Darüber hinaus erreichte die Kurzarbeit einen noch nie gekannten Tiefstand. Ein Drittel der Industriearbeiter arbeitete verkürzt, ein weiteres Drittel ist brotlos. Die Arbeiterzahlen in der J.-G. Farbenindustrie wurden ganz gewaltig reduziert. Daran ergibt sich, daß in unserem Zahlstellengebiet ebenfalls sehr viel Mitglied erwerbslos sind. Zur Mitgliederbewegung wurde berichtet, daß der Stand annähernd gehalten werden konnte, für die heutige Zeit immer noch ein erfreuliches Zeichen. Ein kleiner Abgang wurde durch rege Hausagitation ausgeglichen. Die Beitrags-einnahmen blieben meist an Orte und wurden an die Mitglieder zurückgezahlt in Form von Unterstufungen. Über die Betriebsratsbewegung und die 1.-Mai-Abstimmung wurde ebenfalls berichtet. In den letzten 3 Jahren konnten 296 Jubilare geehrt werden, darunter auch eine Kollegin. In der Frauen- und Jugendbewegung sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Die gebotenen Veranstaltungen mußten besser besucht sein, denn hätten noch mehr stattfinden können. Arbeitsfreistellungen waren im Berichtsjahr sehr zahlreich und sehr viele Fälle konnten zur Zufriedenheit unserer Mitglieder erledigt werden. Die Tätigkeit der Verwaltung im Innen- und Außendienst war sehr rege. Die Mitglieder wissen das zu schätzen und sind froh, in der Organisation einen guten Berater und Helfer gefunden zu haben. Die Ansprache war sehr lebhaft. Ein Roskunjäger, der auf seinen Anschluß wartet, um sich dann als Märtyrer hinstellen und dann ungehört in der A.G.O. tätig sein zu können, verzapfte allerlei Unflut. Mit aller Gründlichkeit wurde dem Heiden der A.G.O. von den Kollegen Weber, Schreiber, Kopf und Verringer heimgelehrt. Der Verwaltung wurde gegen 3 Stimmen Entlastung erteilt. Die Kommunisten glaubten nicht zustimmen zu können, nicht wegen Unordnung oder Unterstufungen, sondern wegen der Gehälter und Unterstufungen, die an die Mitglieder ausgezahlt werden. Das sollte nicht sein, die A.G.O. und F.V.D. bei der Wahl der Ortsverwaltung. Eine Liste der F.V.D. und A.G.O. wurde eingereicht und enthält Namen von solchen Strategen, die nicht einmal Mitglied des Verbandes sind, und solcher Kollegen, die ihr Einkommen nicht in Frage kommen, weil von ihnen nicht angenommen werden kann, daß sie gewinkt sind, das Statut und die Beschlüsse des

Verbandstages zu beachten. Auf Antrag wurde insgesamt die fettberige Ortsverwaltung wiedergewählt, nur wurde an Stelle des Kollegen Hellmann, welcher freiwillig ausgeschieden ist, Kollege Fritz Weber hinzugewählt.

Papenburg a. d. Ems. Generalversammlung. In der am 14. Februar tagenden Generalversammlung erstattete der erste Bevollmächtigte den Jahresbericht. Am Jahreschluß war die Zahl der Mitglieder fast dieselbe wie im Vorjahre. Zur Zeit sind fast alle Kolleginnen und Kollegen ohne Arbeit. Der zweite Bevollmächtigte erstattete den Kassenbericht. Kollege Hoffmann hielt hierauf einen Vortrag über „Die Wirtschaftskrise und deren Ursachen“. Der Kollege behandelte zunächst die Krise im allgemeinen und kam dann auf die Wirtschaftslage innerhalb der Glas- und der chemischen Industrie zu sprechen. Es sind Fälle nachzuweisen, wo trotz Massenentlassungen Produktionssteigerung erfolgte. Unser Verband leistet in dieser schweren Zeit viel. Wo die Beitragsgelder bleiben, das weisen unsere Statistiken einwandfrei nach. Auch der soeben gehörte Kassenbericht spreche dafür. Die Gewerkschaften sind sich ihrer Pflicht bewußt. Der alte Vorstand wurde für das kommende Jahr einstimmig wiedergewählt. Unter Punkt Verschiedenes entspann sich eine rege Debatte über Angelegenheiten der Textilindustrie. Die Unternehmer wollen die Löhne auf den Stand von 1913 herabdrücken. Leider haben viele Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie den Weg zu der zuständigen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, noch nicht gefunden.

Rundschau.

Zwei Monate Lohnabbau - aber kein merklicher Preisabbau.

Seit dem Erlass der vierten Notverordnung sind zwei Monate ins Land gegangen. Die Löhne und Gehälter wurden 10 bis 15 v. H. gekürzt. Die Preise sollten gleichfalls im entsprechenden Maße gekürzt werden. Der Preiskommissar erklärte, es sollte ein Sprung auf eine tiefere Preisbasis vorgenommen werden. Der Wert der Arbeitskraft hat wohl zwangsweise einen Sprung auf eine tiefere Preisbasis diktiert bekommen, aber von einem Sprung im selben Ausmaß merkt man bei den Lebenshaltungskosten nichts. Der Preisabbauprozess schleppt sich schon zwei Monate hin, teilweise klettert der Preis aber schon wieder aufwärts.

Jeder Arbeitnehmer ist selbstverständlich nach dem rigorosen Lohnabbau an der Senkung der Preise für Bedarfsgüter des Massenverbrauchs, der Bahnfahrten und zur Arbeitsstelle, der Mieten usw. interessiert (nicht an der Senkung der Fahrpreise erster Klasse bei der Reichsbahn). Dabei übersieht er nicht, daß die Verbilligung der Endpreise in vollem Umfang nur dann erfolgen kann, wenn die Preise für die Grundstoffe, die in der Weiterverarbeitungsindustrie als Kostenfaktoren eingehen, in entsprechendem Umfang gleichfalls gesenkt werden. An Stelle einer Monopolkontrolle hat die Notverordnung eine schematische Regelung des Preisabbaus von 10 v. H. mit dem Stichtag vom 1. Juli 1931 eingeführt. Volkswirtschaftlich zweckmäßig ist diese Regelung nicht. Es gibt noch große Gebiete, auf denen eine stärkere Anpassung notwendig wäre. Einige große monopolistische Industriezweige haben es verstanden, sich einer Preislenkung weitgehend zu entziehen, hauptsächlich dort, wo die Preise international festgelegt sind. J. B. hat die Schwerindustrie ihre offiziellen Kartellpreise 10 v. H. gekürzt, hat aber diese Senkung wieder durch Heraufsetzung der verbilligten Preise für die Eisenlieferung an die exportierende eisenverarbeitende Industrie durch Herabsetzung der Rückvergütung eingeholt. Die Wirkung ist die, daß die eisenverarbeitende Industrie noch weiter in ihrer Exportfähigkeit gehemmt wird. Hierzu kommt der J.G. Farbentrust, der für sehr viele Artikel eine monopolistische Marktherrschaft hat. Aber auch die Reichsregierung tut ihr übriges mit ihrer Zollpolitik. Auf Grund der Kaufkraftschwächung sind die Lebensmittelpreise gesunken. Die Reichsregierung versucht durch ihre Zollpolitik die Lebensmittelpreise wieder in die Höhe zu treiben. Für Butter ist der Großhandelspreis innerhalb zweier Wochen um 20 Mark je Zentner gestiegen. (Scheinbar ist die Butter für den Arbeiter ein Luxusartikel.) Ein neuer Verbrauchsrückgang ist das Endergebnis. Einem 10- bis 15prozentigen Lohn- und Gehaltsabbau steht nur eine Senkung von durchschnittlich 4,5 Prozent Preisabbau (bei der Ernährung 3,5 Prozent) gegenüber. Den Endeffekt sieht man in dem Anschwellen der Erwerbslosenzahlen. Bei allen Besprechungen erklärte die Regierung immer, der Reallohn dürfe nicht sinken, aber wie oben angeführt, ist der Reallohn gesunken. Die Arbeiterkassette richtet an die Regierung den dringenden Appell, sich ebenso stark mit Preisabbau zu beschäftigen, wie sie es mit dem Lohnabbau gemacht hat. Die Arbeiterkassette hat 15 Prozent Lohnabbau schlucken müssen, sie arbeitet verkürzt, und dazu ist die Bürgersteuer erhöht. Das sind Opfer genug, die die Arbeiterkassette sich jetzt gebracht hat. Sie erwartet von der Regierung, daß sie auch nach der anderen Seite durchgreift. Wendelin Scherer, Betriebsratsvorsitzender, Glanzstoff Kellterbach.

6 127 000 Arbeitslose.

Am 15. Februar waren bei den Arbeitsämtern 6 127 000 Arbeitslose eingetragen. Das bedeutet gegenüber dem 1. Februar eine Zunahme um 85 000. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug 1,88 Millionen. Die Zahl der Unterstufungen in der Krisenfürsorge betrug 1 643 000.

20 Prozent aller Selbstmorde aus Nahrungssorgen.

Nach den Ermittlungen des Preussischen Statistischen Amtes sind im Jahre 1930 10 355 Personen freiwillig in den Tod gegangen. 6,1 Prozent mehr als im Vorjahre. Durch Nahrungssorgen, bestehende oder drohende Arbeitslosigkeit, geschäftliche oder Vermögensverluste wurden insgesamt 2025 Personen zum Selbstmord veranlaßt. Dazu kommt noch eine ganze Reihe von Selbstmorden, bei denen Beweggründe anderer Art, wie z. B. Schwermut, zerrüttete Familienverhältnisse usw., genannt sind, die tieferliegende Ursache aber in ungenügenden wirtschaftlichen Umständen zu erblicken ist.

„Natria.“

Die im Schultzeiß-Prozess erwähnte Natria-Gesellschaft war jedenfalls ein „Verschiebebahnhof“. Natria ist eigentlich ein Agentier, gehört zur Familie der Raffin, und unter diesen wieder gehört die Natria zur Klasse der Ergraffen. Eine schönere Bezeichnung hätte wirklich nicht gefunden werden können für das Nebenbei-Geschäft über den „Verschiebebahnhof“.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das ehemalige Mitglied der Zahlstelle Heilbrunn a. Neckar: Paul Spring, Mitgl.-Nr. 923 461.

Zahlstelle Gräfenroda (Thür.).

Zuschriften an die Zahlstelle sind zu adressieren: Wilhelm Alwinski, Gräfenroda (Thür.), Waldstraße, Gasthaus „Zum Waldtor“ 12,50 Mk.

Chemische Industrie

Wechsel in der Leitung der chemisch-technischen Reichsanstalt.

Wir entnehmen der Zeitschrift „Die chemische Industrie“ die Nachricht, daß der Direktor der chemisch-technischen Reichsanstalt, Prof. Dr. Lenze, wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst geschieden ist. Zu seinem Nachfolger wurde der Oberregierungsrat Dr. Rimarski ernannt. Dem scheidenden Lenze wird nachgerühmt, daß er in seiner amtlichen Tätigkeit sowohl bei Verhandlungen verschiedenster Art mit der Industrie als auch als Gutachter in schwierigen Fällen immer neben großer Sachkenntnis volles Verständnis für die lebenswichtigen Belange der Industrie gezeigt und durch erfolgreiche Vermittlung zwischen Interessengegenständen segensreich gewirkt habe. Das gleiche können die Gewerkschaften für sich nicht behaupten. Dagegen halten es die Unternehmer für selbstverständlich, daß ihre Belange dort auf Verständnis stoßen und gefördert werden. **G. Haupt.**

Die Holzverkohlungsindustrie in Kanada.

Die Holzverkohlungsindustrie in Kanada umfaßt insgesamt sechs Betriebe mit 15 Gehalts- und 152 Lohnempfängern. Sie hat im Jahre 1930 insgesamt Produkte im Werte von 1.196.000 Dollar hergestellt. Sie verfügt über ein Kapital von 2.263.000 Dollar, von denen 2.003.400 Dollar auf Anlagen und Einrichtungen entfallen. Die 15 Gehaltsempfänger erhielten 33.300 Dollar, die 152 Lohnempfänger 127.600 Dollar. Die Arbeiter hatten also ein durchschnittliches Einkommen von 840 Dollar = 3528 Mark. Während die Angestellten durchschnittlich 2220 Dollar = 9324 Mark Einkommen hatten. Das Durchschnittseinkommen der Arbeiter erreichte also nicht einmal 38 Prozent des Durchschnittseinkommens der Angestellten. Immerhin wirkt es angenehm, daß auf die sechs Verkohlungsbetriebe insgesamt nur 15 Angestellte kommen. In Deutschland würde man sich damit nicht begnügen. **G. Haupt.**

Unfallfall in der „Excelsior“ in Hannover.

Wie der „Volkswille“ mitteilt, ereignete sich in der Hartgummiabteilung der „Excelsior“ am 24. Februar an einer Spritzmaschine ein bedauerlicher Unfall. Einer Arbeitskollegin wurden an dieser Maschine drei Finger abgequetscht. Die Betriebsvertretung hat schon des öfteren gegen Frauenarbeit an diesen Maschinen protestiert, weil die Arbeit für Frauen zu schwer ist. Früher wurden an der Spritzmaschine nur Männer beschäftigt. Das kostet aber einige Pfennige mehr Lohn. Die abgequetschten Frauenfinger kosten der Firma nichts.

Papier-Industrie

Wo bleibt die Gewerbeaufsicht?

Antreiberei endet mit Lösung.

Aus der zum Schaffer-Hoppenhöver-Konzern gehörigen Papierfabrik Sundern wird Beschwerde von der Arbeiterschaft über die mangelnde Gewerbeaufsicht in diesem Betriebe geführt. Der letzte größere Unfall ereignete sich Anfang Februar d. J. In einer Meldung vom 11. Februar schreibt der „Dortmunder Generalanzeiger“ über diesen Unfall:

„In der Papierfabrik (Sundern) wurde der 33jährige Maschinenführer Krabbe aus Endorf während der Arbeit mit den Händen zwischen Zylinder und Oberfalz einer Papiermaschine gezogen. Dabei wurden ihm die Hände verfrämmelt und der Kopf eingedrückt. Obwohl auf die Hilferufe die Maschine sofort abgestellt wurde, konnte Krabbe nur noch als Leiche hervorgezogen werden. Er hinterläßt Frau und Kinder.“

Von der Arbeiterschaft wird darauf hingewiesen, daß an derselben Papiermaschine bereits einmal ein Papiermaschinenführer in die Gaultsche gezogen und infolge der Verletzungen an beiden Füßen zum Krüppel wurde.

Vor einigen Jahren plakte an derselben Maschine ein Zylinder, wodurch ebenfalls ein Maschinenführer tödlich verunglückte. Die Arbeiterschaft führt diese Unglücksfälle in erster Linie auf die herrschende Antreiberei zurück. Von der Betriebsleitung wird anscheinend das Wort „Unfallverhütung“ durch die Parole „Produktionserhöhung“ ersetzt. Gewerbeaufsichtsamt und Papiermacherberufsgenossenschaft haben deshalb alle Ursache, sich diesen Betrieb auf seine technischen Mängel hin etwas näher anzusehen.

Scharfmacherei - Preiserhöhung.

Im achten Monat stehen rund 1500 holländische Kollegen in der Strohappentindustrie im Abwehrkampf gegen einen von den Unternehmern verlangten 20prozentigen Lohnabbau. Die Scharfmacher in diesem Industriezweig hielten die Zeit für günstig, weil sie infolge der Wirtschaftskrise rund 50.000 Tonnen Strohappent auf Lager hatten. Der Widerstand der organisierten Papierarbeiterschaft wurde von den Herrschaften unterschätzt. Die Enttäuschung der Scharfmacher ist heute groß. Zum Schaden kommt der Spott.

Was dem einen die Eule, ist dem anderen keine Nachtigall! Dieses Sprichwort bewahrheitet sich auch in diesem Kampfe. Die außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Firmen haben die Löhne nicht gekürzt und machen heute glänzende Geschäfte. Die Betriebe dieser Firmen werden vollständig ausgenutzt, und trotzdem können sie nur 50 Prozent des normalen Bedarfs decken.

Dazu kommt noch ein recht ansehnlicher unerhoffter Gewinn. Bei Ausbruch des Kampfes betrug der Tonnenpreis für Strohkarton 50 Gulden. Er beträgt heute 72 Gulden und ist demnach um fast 50 Prozent gestiegen.

Den Schaden haben die von den Betriebsstilllegungen betroffenen Scharfmacher, die Weiserarbeiter und die Konsumenten und nicht zuletzt auch die Landwirtschaft, die heute zu wesentlich gesunkenen Preisen, die auch den in Betrieb befindlichen Betrieben zugute kommen, ihr Stroh nach der Schweiz verkaufen müssen. **G. Stähler.**

Nahrungsmittel-Industrie

Die Gefahren eines Schutzzolles für Margarinerohstoffe.

In letzter Zeit ist von interessierten Kreisen die Forderung auf Einführung eines Schutzzolles für Margarinerohstoffe erhoben. Hinter dieser Forderung steht die Landwirtschaft oder die grüne Front. Wo sind die Gründe für diese Forderung zu suchen? Auf Bekreiden der grünen Front ist der Butterzoll stark erhöht, und die Landwirtschaft erhofft von der Erhöhung des Butterzolles eine Steigerung der Butterpreise. Die ausländische Konkurrenz soll also durch die Erhöhung des Butterzolles beseitigt werden. Es ist die Frage berechtigt: Hat die Auslandskonkurrenz im letzten Jahre zugenommen? Eine Steigerung der ausländischen Konkurrenz wäre doch nur dann vorhanden, wenn die Buttereinfuhr zugenommen hätte. Das trifft aber durchaus nicht zu. Nach dem „Wirtschaftsdienst“, Heft 3 vom 22. Januar 1932, hat sich die Buttereinfuhr wie folgt entwickelt:

Aus	Buttereinfuhr Deutschlands.	
	Jan./Nov. 1930	Jan./Nov. 1931
Dänemark	40 892	27 964
Holland	26 504	15 254
Letland	14 075	11 009
Polen	8 845	6 906
Schweden	10 251	6 393
Rußland	2 473	6 037
Estland	8 341	5 526
Litauen	5 431	4 056
Finnland	4 772	3 803
Österreich	1 384	1 183
Australien		876
Ungarn	949	812
Belgien	574	446
Tschechoslowakei	348	261
Argentinien		216
den übrigen Ländern	644	153
	125 483	90 975

Die Buttereinfuhr ist also in den Monaten Januar/November 1931 gegenüber den gleichen Monaten im Jahre 1930 um mehr als 27 Prozent gesunken. Nur Rußland weist eine wesentliche Steigerung auf, daneben zeigen Australien und Argentinien eine Steigerung. Die Einfuhr aus allen anderen Ländern ging zurück. Man kann also die Erhöhung des Butterzolles nicht mit der zunehmenden Auslandskonkurrenz begründen. Die Senkung des Butterpreises in Deutschland hat andere Ursachen. Durch wiederholten Lohn- und Gehaltsabbau und durch den Abbau der überörtlichen Verdienste ist die Kaufkraft weiser Kreise der Bevölkerung derart geschwächt, daß sie zum Butterverbrauch nicht mehr ausreicht. Deshalb ist der Butterverbrauch in Deutschland trotz sinkender Buttereinfuhr zurückgegangen. Die Landwirtschaft befürchtet nun, daß beim Ansteigen der Butterpreise eine noch weitere Abwanderung vom Butter- zum Margarinerverbrauch eintritt. Diese Annahme ist nicht unberechtigt. Einen Schutzzoll auf Margarine einzuführen hat aber keinen Zweck, da die Einfuhr von Margarine bedeutungslos ist. Deshalb will man einen Schutzzoll auf Margarinerohstoffe einführen, um so eine Steigerung des Margarinerpreises durchzusetzen. Dabei taucht nun zunächst die Frage auf: Was sind Margarinerohstoffe?

In beschränktem Umfang sind es noch tierische Fette. Größtenteils aber sind es Pflanzenfette, und bis zu einem bestimmten Umfang ist es Tranfett. Durch einen Schutzzoll auf diese Waren wird man aber das gewünschte Ziel nicht erreichen. Die deutsche Margarineindustrie braucht ihre Rohstoffe nicht einzuführen. Pflanzenfette werden in Deutschland genügend hergestellt; sie kommen für die Margarineerzeugung vorwiegend in Frage. Man verlangt daher Einführung eines Schutzzolles auf Ölsaaten und Ölfrüchte. Wie würde sich das auswirken?

Die deutsche Blinindustrie verarbeitete im letzten Vorkriegsjahr rund 17 Millionen Doppelzentner Ölsaaten. Sie ging infolge des Krieges auf eine Saatverarbeitung von rund 3,2 Millionen Doppelzentner zurück und erreichte mit dieser Verarbeitungszahl 1920 den niedrigsten Stand. In den folgenden Jahren hat die Saatverarbeitung in der deutschen Blinindustrie den Vorkriegsstand nicht nur erreicht, sondern weit überholt. Die deutsche Blinindustrie verarbeitete 1929 nicht ganz 26 Millionen Doppelzentner Saaten, ging dann 1930 auf rund 23 Millionen Doppelzentner zurück und stieg 1931 wieder auf nicht ganz 24 Millionen Doppelzentner. Der Anbau von Ölsaaten und -früchten in Deutschland ist bedeutungslos. Die Blinindustrie muß ihre Rohstoffe fast restlos aus dem Auslande einführen. Sie gehört also zu den Industriezweigen, die ihre Rohstoffe vom Ausland beziehen und aus diesen Rohstoffen im Veredelungsverkehr wichtige Fette und wichtige Futterstoffe erzeugen, die für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Außerdem führte die deutsche Blinindustrie 1931 über eine Million Doppelzentner Öl aus. Sie beschäftigt zirka 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Einführung eines Schutzzolles auf Ölsaaten und -früchte müßte die Stellung der deutschen Blinindustrie auf dem Markt gegenüber der ausländischen Konkurrenz sehr erschweren. Ein starker Rückschlag bei der Produktion wäre die unweigerliche Folge. Dagegen müssen wir im Interesse unserer in der Blinindustrie beschäftigten Kollegen entschiedenen Einspruch erheben. Das Heer der Arbeitslosen in Deutschland ist wirklich groß genug. Wir müssen alles unterlassen, es noch zu vermehren. Dazu kommt nun noch folgendes:

Das in der deutschen Blinindustrie erzeugte Pflanzenfett wird nicht nur zur Margarineerzeugung verbraucht. Große Mengen werden zu technischen Zwecken verwendet. Die Seifenindustrie, die Kmochemieindustrie, die Lack- und Firnisindustrie, das Malergewerbe usw. sind große Verbraucher von pflanzlichen Ölen und Fetten. All diesen Industriezweigen und Gewerben würde ein wichtiger Rohstoff durch einen Einfuhrzoll auf Ölsaaten und -früchte verteuert werden, und lediglich deshalb, damit den Agrariern durch einen anneh-

baren Margarinepreis die Butterpreise nicht gesenkt werden. Und nun die Margarineverbraucher! Die Margarine ist die Butter des armen Mannes. Dieser Grundsatz gilt heute mehr denn je. Der Margarineverbrauch spielt gegenwärtig im deutschen Haushalt eine größere Rolle, als allgemein angenommen wird. In Reinfett umgerechnet, verbrauchen wir in den letzten Jahren je Kopf und Jahr der Bevölkerung im Durchschnitt:

Butter	7,50 Kilogramm
Margarine	7,81 Kilogramm
Schmalz	3,28 Kilogramm

Diese Zahlen zeigen, daß der Margarineverbrauch je Kopf der Bevölkerung und je Jahr etwas höher ist als der Butterverbrauch. Der Schmalzverbrauch steht weit hinter beiden Fettarten zurück. Butter und Margarine spielen im deutschen Haushalt heute mengenmäßig die gleiche Rolle. Zahlen aus allerletzter Zeit über den Fettverbrauch liegen nicht vor. Der Butterverbrauch dürfte aber in den letzten Monaten oder im letzten Jahr zurückgegangen sein, so daß der Prozentsatz der Margarine am Fettverbrauch größer geworden ist.

Durch dauernden Lohnabbau ist das Einkommen großer Volksschichten so weit geschwächt, daß sie keine Butter mehr kaufen können. Man greift dann zur Margarine. Dadurch befürchtet die Landwirtschaft einen weiteren Rückgang beim Butterverbrauch und dadurch eine weitere Senkung der Butterpreise. Das will man verhindern, indem die Margarinerohstoffe mit einem hohen Einfuhrzoll belegt werden, um so den Margarinepreis künstlich zu steigern.

Im Interesse der deutschen Bl- und Margarinearbeiter müssen wir gegen derartige Pläne energig Protest erheben. Die Einführung eines Schutzzolles auf Ölsaaten und -früchte muß eine Preisverteuerung für die aus diesen Rohstoffen hergestellten Waren bringen. Die Wirkung wird sein, daß die Produktion sowohl in der Bl- als auch in der Margarineindustrie zurückgeht, da die Konsumenten ja dann nicht mehr kaufen können, als ihre Kaufkraft reicht. Die Margarineverbraucher aber können verlangen, daß ihnen nicht auch dieses letzte Fett noch künstlich verteuert wird. Schließlich sollte ja die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 nicht nur einen allgemeinen Lohnabbau, sondern auch einen Preisabbau bringen. Würde die Margarine durch einen Schutzzoll auf ihren Rohstoff verteuert werden, dann stände das in schreiendem Gegensatz zu dem Ziel der Notverordnung. Zunächst sind diese Pläne der grünen Front. Die deutsche Reichsregierung aber hat den Wünschen der Agrarier bislang in weitestem Umfang Gehör geschenkt. Nicht weitere Verteuerung wichtiger Verbrauchsgegenstände, sondern eine wesentliche Verbilligung derselben, das muß das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik sein. **E. Senkfeil.**

Von den Konzernmargarinefabriken des Niederrheins.

Seit der Zusammenlegung der früheren Margarinekonzernfabriken Jutzens & Prinzen und von den Berg kann man in den genannten Fabriken Umstellungen und Betriebsmaßnahmen feststellen, die man früher weder in diesen Betrieben gekannt, noch jemals geahnt hat. Die Leitung der Unilever mit ihrem Hauptstift in London hat seit der Besitzergreifung in den niederrheinischen Konzernbetrieben Maßnahmen durchgeführt, unter der die Arbeiterschaft ganz gewaltig leidet. Sie hat vor allem es verstanden, die Produktionszahlen ganz gewaltig zu erhöhen, dabei die Arbeitszeit mächtig einzuschränken und dann noch schließlich eine große Anzahl von Arbeitern ganz rücksichtslos zu entlassen. Dabei kann die Unilever nicht einmal behaupten, daß diese Maßnahmen aus Grund durchgeführter Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich gewesen sind. Durch ein ganz geriebeneres und ausgeklügeltes Antreibersystem hat man den einzelnen Arbeitnehmern Leistungen aufgezwungen, die teilweise bis ins Unerträgliche gesteigert sind. In den niederrheinischen Konzernfabriken sind zum Beispiel die Leistungen in einem Zeitraum von kaum einem Jahre um mehr als 50 Prozent gesteigert worden. Man hat den Arbeitern Leistungsprämien zugesichert und in dem Augenblick, wo eine gewisse Höchstleistung erreicht war, hat man die zugesicherten Prämien teilweise um die Hälfte und darüber hinaus abgebaut.

Die Unilever hatte im letzten Berichtsjahr einen Reingewinn von 42.500.000 holländischen Gulden oder rund 81.000.000 Millionen Mark. Es kann also nicht gesagt werden, daß die deutschen Betriebe nicht gut verdient haben. Trotz Weltwirtschaftskrise hat die Unilever ein sehr gutes Geschäft gemacht. Dafür aber hat man den Arbeitern den Lohn um 15 Prozent abgebaut und die Arbeitszeit gewaltig reduziert. Die Wochenverdienste der niederrheinischen Arbeiter stehen heute nach dem Lohnabbau und nach der Durchsührung der Arbeitszeitverkürzung teilweise niedriger als die Sätze der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtsfürsorge. Festverdienste von 18 bis 21 Mk. einschließlich Prämien sind an der Tagesordnung. Man kann sich die Empörung der in Frage kommenden Arbeiter vorstellen. Lust und Liebe zur Arbeit sind in keinem Fall mehr vorhanden. Es gibt in fast allen Familien ungeheure Not bei diesen niedrigen Verdienstmöglichkeiten. In den Margarinefabriken, in denen die Kurzarbeit noch nicht so stark durchgeführt ist wie in den Blbetrieben, versuchen die Betriebsleitungen mit allen möglichen Mitteln die Produktion zu steigern, um so noch weitere Arbeitszeiteinsparungen durchzuführen zu können. Um die Arbeiterschaft geübt zu machen, scheut man sich nicht, selbst unter Androhungen von Massenentlassungen, tarifwidrige Abkommen zu erzwingen. Obgleich im Reichsrahmentarifvertrag für die deutsche Margarineindustrie die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden vereinbart ist, verlangen die Betriebsleitungen der Van-den-Berg-Werke und der Elvia-Werke in Cleve von ihrem Arbeiterrat die Zustimmung zur täglich siebenstündigen Arbeitszeit. Nicht etwa Arbeitsmangel war dazu Veranlassung, sondern lediglich die Absicht, die frühere Leistung anstatt in acht Arbeitsstunden künftig in sieben Stunden zu erledigen. Die Margarine- und Blbetriebe sind verhältnismäßig gut organisiert. Sie hat gemeinsam mit ihren Organisationen trotz der schlechten allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und auch trotz der Organisationsarbeit der RGO-Strategen manches abwehren können. Wir werden auch künftighin den Margarinegewaltigen in London zeigen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Notwendig aber wird sein, daß sich die Bl- und Margarinearbeiterschaft des Niederrheins weder von ihren ausländischen Kapitalisten noch von den RGO-Strategen irren machen läßt. Wenn sie nach wie vor geschlossen mit dem Fabrikarbeiter-Verband gegen die Gewaltmaßnahmen der Unileverleitung ankämpft, werden auch diese Maßnahmen in ihre Schranken zurückgewiesen werden können. In überfüllten Betriebsversammlungen haben die Belegschaften ihren einmütigen Willen zum Ausdruck gebracht, diesen Kampf anzunehmen. **P. K. (Göhl).**

Amilín

9. Fortsetzung.

„Gestern war ich im Palastkino, da wurde ein feines Stück gegeben; ich sage dir, das war himmlisch“, erzählte Greta Bernauer ihrer Freundin „Betsche Ganz“, die neben ihr arbeitete, und verdrehte dabei noch verächtlich die Augen.

„So, was ist denn da gespielt worden?“ fragte die Angeredete neugierig.

„Am! Da war ein Offizier, ein bildhübscher Kerl, sag ich dir, in eine Komtesse verliebt. Die sah ihn auch gern, aber ihre Eltern litten es nicht.“

„Ja, gehört denn eine Komtesse zu den Hohen?“ unterbrach die andere.

„Na und ob, die ist doch soviel... was weiß ich. Jedenfalls hatte sie schöne Kleider, trug einen dicken Pelz, und ein Schlafzimmer hatte die, ich bin vor Neid bald geplagt. Und erst die Hülle und Gesellschaften; da ging es nobel zu. Wenn man bedenkt, wie wir...“ Und so erzählte sie den ganzen Rest des sonntäglichen Fimmertages eines billigen Kicntopps herunter. Im Schluß leuchteten ihre Augen groß und hell, wie in der Erinnerung an ein fernes, unerreichbares Glück.

„Ich war am Sonntag in der Tanzbar. Habe mich sehr gut amüsiert. Die Schmitz Sannde war auch dort; die hätte ich sehen sollen, wie die ausgeputzt war“, berichtete nun auch Betsche.

„Gott, reg dich net auf über die; man weiß doch, wo sie her ist“, fiel Greta erbotig dazwischen ein.

„Ich kauf mir auch einen neuen Wintermantel — meine Mutter kreischt ja, aber ich krieg einen“, wandte die Betsche das Gespräch ab.

„Meine Mutter schimpft auch immer. Die alten Leute verstehen das nicht so. Wenn man nicht mit der Mode geht... lieber eh ich nichts“, versicherte nun auch Greta.

„Das waren so ihre üblichen Tagesgespräche. Vom Hundertsten kamen sie ins Tausendste. Stundenlang konnten sich die Mädchen so unterhalten.“

Stephan kam gerade vorbei. Betsche stieß ihrer Freundin in die Seite. „Der war gestern auch in der Tanzbar, war sauber in der Reihe. Wenn ich nur wüßte, wie ich mal an den rankommen könnte.“

Als Stephan das zweifmal vorüber kam, kicherten sie ihn an. Stephan machte einen leichten Wis, worüber sie in helles Lachen ausbrachen.

„Na, wie hat es Ihnen am Sonntag gefallen?“ erkundigte sich Stephan bei der Betsche.

„Oh, nicht besonders! Es waren so wenig schicke Herren da“, tat sie schnippisch.

„Sonntag geht ihr mal mit uns fort. Das heißt, wenn ihr wollt“, ergänzte er seine Einladung.

„Welleicht? Was kommt auf die Belichtung an“, erwiderte Betsche.

Von da an führte Stephan die Betsche fast jeden Sonntag aus. Sie kostete ihn ein schönes Stück Geld. Wollte überall herumgeführt sein, dazu gut essen und trinken, ab und zu ein Geschenk haben, wofür sie dann sehr dankbar sein konnte.

Betsche, mit dem schönen Namen Elisabeth, gekürzt einfach Betsche genannt, wobei das „h“ fast wie „sch“ gesprochen wurde, war ein hübsches, sonst aber recht statierhaftes Ding. Sie hatte nur Sinn für schöne Kleider, interessierte sich für alle möglichen Modenwechselfen, tanzte gern und las ebenso gern die billigsten Schmücker, und zwar Schmückerliteratur. Dafür war sie im Hause jedoch weniger zu gebrauchen. Obwohl ihre Mutter eine blasse, kränkliche Frau war, fiel es Betsche nicht im Traum ein, ihr in Küche und Haus an die Hand zu gehen. Sie konnte weder kochen noch nähen, noch putzen; das überließ sie alles der sorgenden Hand ihrer Mutter. Ihr Bruder sagte immer zu ihr, wenn er sie ärgern wollte: „Du kannst nicht mal Waffersuppe kochen und noch viel weniger einen Strumpf stricken, wenn du mal verheiratet bist.“

„Glaubst du vielleicht, ich nehme so einen armen Schlucker, wie du bist?“ entgegnete sie dann immer gereizt.

Wenn sie nach Feierabend heim kam, sah sie oft stundenlang vor dem Spiegel, ritzte sich, drehte Ringelkäsechen, zupfte Fältchen glatt. Hieran wurde schnell geessen und fort ging's zu irgendeiner Unterhaltung oder einem Spaziergang. Im Umgang mit anderen war sie ein hochwürdiges, eingebildetes Ding, das recht spitzige Antworten geben konnte. Ihr Köpchen war eben durch Kinnbopp und billige Schmücker verwirrt. Man konnte ihr keine Schuld geben. Sie war, wie so viele, das Kind ihrer Zeit, einer Zeit, deren Ordnung sich hemmungslos den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion unterwarf. Einer Zeit, die eine neue Gesellschaftsordnung mit neuen Sitten, neuer Moral und neuen Menschen gebahr.

Mehrere Wochen waren vergangen.

Stephan, mit dir stimmt etwas nicht. Du bist da, als wenn dir die Zähner das Brot gefressen hätten“, sagte eines Abends Peter zu ihm. „Ich weiß nicht, entweder drückt dich etwas oder du bist krank.“

„Das bildest du dir bloß ein. Mich drückt nichts und mit feht nichts“, antwortete dieser ärgerlich.

„Ja nicht so. Schon der Ton, in dem du das sagst, verrät mir etwas. Hergek, wir sind doch schon lange Freunde. Sag mir frei, was los ist, vielleicht kann ich raten und helfen“, forschte Peter weiter.

„Ja diesem Falle kannst du es nicht“, entgegnete Stephan einfüßig.

„Was ich nicht weiß, um was es sich dreht, freilich nicht.“ Peter tat versinnat.

„Und wenn du es weißt, erst recht nicht“, wehrte Stephan wieder.

„Oh ja, sei net schlecht“, bohrte der andere weiter. Er dehnte das Wort „schlecht“, als würde es mit drei „e“ geschrieben.

„Wäre ich bloß damals dabei geblieben“, murmelte Stephan nun vor sich hin.

„Du meinst, als wir damals eingesperrt wurden?“ Peter stellte sich amüsiert.

„Stell dich nicht so“, jähre Stephan nun ärgerlich auf.

„Ich meine leghin mit der Betsche.“

„Ja, was ist denn mit ihr?“

„Was wird mit ihr sein. Ich muß entweder heiraten... oder...“ platzte Stephan nun heraus.

„Was ist da schon dabei. Dann heiratest du eben. Ist das Schlimmste doch nicht, net Peter auf dieses Gefändnis hin.“

„Du... leicht, Peter. Hast alles gehabt; deine Frau verstand sich auf den Haushalt. Aber wir? Ich habe nichts und sie hat nichts und kann auch nichts.“ Stephan schien auf einmal in dieser Sache sehr vernünftig zu denken.

„Ja, das hast du doch vorher gesagt!“

Stephan packte mit den Schenkeln.

„Wir haben auch nicht alles gehabt, mußten vieles nach und nach anschaffen“, redete ihm Peter jetzt ein. „Das wirst du natürlich dann auch müssen.“

„Ja, ich wollte schon; aber weiß ich denn, ob sie will oder kann?“ Stephan schien keinen Ausweg zu wissen.

„Dann mußt du es ihr eben beibringen. Sie wird schon Verstand annehmen.“ Mit diesen Worten hatte Peter seinem Freund einen Ausweg gezeigt.

Stephan richtete sich entschlossen auf. „Wenn du es sagst, muß ich es glauben. Ich will es versuchen.“

Roman von Fritz Molinar

Also heiratete Stephan die Betsche Ganz.

Sie kauften sich das Notwendigste zusammen, teils auf Abschlag. Stephans Schwiegermutter feuerte etwas bei und eine Wohnung war auch bald gefunden. Die Wohnungen warteten ja damals auf junge Ehepaare.

„Die Flohkrise ist fertig. Morgen ziehe ich aus“, sagte eines Tages Stephan zu Peter.

Dieser wünschte ihm viel Glück und versprach, ihn recht bald zu besuchen.

Für Betsche war nun doch alles so ganz anders gekommen als sie sich's in ihren Mädchenjahren gewünscht hatte.

4. Kapitel.

In der Fabrik war am Schwarzen Brett bekanntgemacht worden, daß vom neuen Jahre an infolge des günstigen Geschäftsergebnisses der Stundenlohn allgemein um zwei Pfennig erhöht würde. Außerdem wäre die Fabrik in der glücklichen Lage, jedem Werksangehörigen zu Weihnachten ein Geschenk in Form eines Geldbetrages zu überreichen, dessen Höhe sich nach Leistung und Dienstjahren bemessen würde.

Vor dem Verlassen der Fabrik standen die Arbeiter gruppenweise vor dem Anschlag, freuten sich über das Geschenk und den Mehrlohn. Bastian drachte seine Freude gleich dadurch zum Ausdruck, daß er am selben Abend noch einige Schoppen auf das Konto des neuen Geschenkblies. Auch zu Hause in den Familien wurde das Ereignis lebhaft besprochen. Die Fabrik wurde gelobt. Viele sagten, das findet man selten. Unsere Fabrik ist eben eine vornehme Firma. Sie tut viel für ihre Arbeiter, und besonders die Frauen waren stolz darauf, daß ihre Männer in einer solch vornehmen Fabrik, wie sie sagten, arbeiten dürften.

Die Fabrik hatte also mit ihrem Beschluß drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Sie hatte sich nach außen als ein arbeiterfreundliches Unternehmen gezeigt, ihren Arbeitern eine Freude bereitet, damit deren Arbeitsfreude und Arbeitsgeist erhöht, was naturgemäß durch steigende Arbeitsleistung erhöhten Profit zur Folge hatte. Daran dachte die Arbeiter jedoch nicht.

Wohl waren einige unter ihnen, die behaupteten, das wäre kein Geschenk, sondern verdienter Lohn, der aus ihnen herausgehenden worden sei. Wollte die Fabrik den ihnen zustehenden Verdienst auszahlen, müßten noch ganz andere Summen herauskommen.

Allein solche, die so etwas Dummes behaupteten, wurden scheinbar angesehen, vielfach ausgelacht. Sie bekamen zu verstehen, daß so blödsinniges Gerede über die Fabrik an die richtige Stelle gehörte. Zuletzt empörten sich einige sogar darüber. Es sei eine Schande, der Fabrik so etwas nachzusagen. Die Fabrik könne mit ihrem Gelde machen, was sie wolle, und gebe sie den Arbeitern nichts, müßten sie auch zufrieden sein. Durch solches Gerede könnte die Firma schließlich verärgert werden und überhaupt nichts mehr geben.

Solches Geschwätz käme auch nur von den Roten, die damit Unzufriedenheit unter die Arbeiter tragen wollten.

Viele leister Ansicht fauchte mitunter in einem böshaften Gebrin auf, die Arbeiter nahmen sie neugierig auf und verbreiteten sie wie Flammen in allen Betrieben. Abends wurden solche Gespräche mit nach Hause getragen und von den Frauen am anderen Tage an den Brunnen und von Tür zu Tür ausgiebiger als notwendig besprochen. Bis derartige Von-Mund-zu-Mund-Neuigkeiten beim letzten angelangt waren, wurden sie so erfüllt und dick aufgetragen, daß die unsinnigsten Gerüchte im Umlauf waren.

So kam es, daß einer, der auch nur im Verdacht stand, ein Roter zu sein, scheinbar angesehen und sogar gemieden wurde, dem aber auch stillschweigend vom Vorarbeiter oder Aufseher die schmutzigsten und schwersten Arbeiten zugewiesen wurden. Die politische Schulung der Arbeiter in der Fabrik war sehr gering, ihrer wirtschaftlichen Lage entsprechend. Man war eifrig bemüht, durch Vereine, Zeitungen und Vorträge die Arbeiter im Sinne der Fabrikleitung und der herrschenden bürgerlichen Klasse zu beeinflussen. Man gab den Arbeitern Land, interessierte sie für Gartenbau, unterstützte geistliche Vereine, arrangierte mit deren Hilfe Festlichkeiten, Theater, Kinos, und die bürgerliche Presse tat das übrige, damit die Arbeiter ihre Lage und Klasse vergessen oder nicht erkennen sollten.

Die Unternehmer wußten genau, wenn erst einmal das Klassenbewußtsein, die Erkenntnis der Zusammengehörigkeit in den Gehirnen der Arbeiter Platz gegriffen hätte, daß es dann nicht leicht werden würde, der roten Welle entgegenzutreten. Und einige Rote waren überall und in jeder Fabrik, gerade genug Hefe, um den ganzen Teig zu durchsetzen. Auch in der „Roten Fabrik“ gab es außer den Farbroten einige politische Rote. Es waren sogar einige darunter, die schon dem Allgemeinen Arbeiterverein angehört hatten und jetzt heimlich Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei waren. Es mußte aber, wie gesagt, so geheim wie möglich bleiben, sonst müßten sie bei jeder Kleinigkeit gewärtig sein, entlassen zu werden. Von der Direktion wurde es schon nicht gern gesehen, wenn einer in den sogenannten Arbeiterlokalen verkehrte. Wurde einer auch nur einmal dort gesehen, stand er schon im Verdacht, ein Roter zu sein. Demunizanten und moralische Knappen gab es ja genug, die der Fabrikleitung alles hinterbrachten.

Reiß betrachtete man einen Roten als Menschen zweiter Klasse. Bürgerlicher Dünkel und überheblichkeit hatten sich auch in den Köpfen vieler Arbeiter eingenistet. Sie behandelten einen Roten wie einen Menschen, dem gegenüber sie geistig und sittlich auf einer höheren Stufe ständen; wenn es auch oft umgekehrt war. Ein Sozialdemokrat war in ihren Augen ein Unflätzer, einer, der selbst nichts befoh, sich nichts erarbeitete, dafür aber an allem anderen teilnehmen, mit den anderen teilen wollte. Deshalb langte er nicht für die bürgerliche Ordnung, wurde gesüchtelt und heruntergesetzt zugleich.

Besonders waren es die Kraweeler und Kräftiger am Stammtisch von der Sorte Bastians, die über die Roten am meisten schimpften. Ein solcher durfte sich ruhig einmal besaufen, durfte in der Gasse liegen, die Familie vernachlässigen und konnte trotzdem einem gut bürgerlichen oder religiösen Verein angehören. Er durfte sich getroßt mal ein Seitensprungchen erlauben, das schadete der bürgerlichen und religiösen Intimität der Ehe nichts und konnte wieder repariert werden.

Wenn aber ein Roter sich etwas zuschulden kommen ließ, dann wurde ein großer Skandal daraus gemacht, dann hieß es, diesen vermaledeiten Roten ist nichts heilig. Die wollen alles Moralische und Sittliche im Volke zerstören.

Auch in der Fabrik hatten die wenigen Überzeugten und sich ihrer Klasse bewußten Arbeiter alle möglichen Schikanen zu ertragen, müßten oft persönliche Nachteile mit in den Kauf nehmen. Aus diesem Grunde blieben sie nicht gern. Und die wenigen, die blieben, darften sich öffentlich nicht als Sozialisten bekennen, sich nicht politisch offen betätigen. Es gab trotzdem Arbeiter, die aus ihrer Überzeugung kein Hehl machten; sobald ihnen aber etwas am Zeug gefaßt werden konnte, kamen sie vors Fabrikator. Besonders der technische Direktor versuchte jede freibeitliche Regung seiner Arbeiter mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Das war der Grund, warum die wenigen Überzeugten in der Fabrik die Jahre zusammenzucken und schwiegen. Das lag nicht bloß in ihrem eigenen Interesse, sondern auch in dem der Bewegung. Es mußte doch in einer so großen Fabrik Leute ihres Vertrauens geben, mit denen sie in Verbindung stand und von denen sie über alle Vorkommnisse unterrichtet wurde. Außerdem konnten diese Vertrauensleute auch geheim agitieren, die Arbeiter von Mund zu Mund und indirekt anführen.

(Fortsetzung folgt.)

Anverhofftes Wiedersehen.

Von Johann Peter Hebel (1760—1826).

Aus dem „Schachkästlein“.

In Falun in Schweden küßte vor guten fünfzig Jahren und mehr ein junger Bergmann seine junge hübsche Braut und sagte zu ihr: „Auf Sankt Lucia wird unsere Liebe von des Priesters Hand gesegnet. Dann find wir Mann und Weib und bauen uns ein eigenes Nestlein.“ — „Und Friede und Liebe sollen darin wohnen“, sagte die schöne Braut mit holdem Lächeln, „denn du bist mein einziges und alles, und ohne dich möchte ich lieber im Grab sein als an einem anderen Ort.“ Als sie aber vor St. Lucia der Pfarrer zum zweiten Male in der Kirche ausgerufen hatte: „So nun jemand Hindernis wüßte anzuzeigen, warum diese Personen nicht möchten ehelich zusammenkommen“, da meldete sich der Tod. Denn als der Jüngling den anderen Morgen in seiner schwarzen Bergmannskleidung an ihrem Haus vorbeiging, der Bergmann hat sein Totenkleid immer an, da klopfte er zwar noch einmal an ihrem Fenster und sagte ihr guten Morgen, aber keinen guten Abend mehr. Er kam nimmer aus dem Bergwerk zurück, und sie samte vergeblich selbigen Morgen ein schwarzes Halsstuch mit rotem Rand für ihn zum Hochzeitstag, sondern als er nimmer kam, legte sie es weg und weinte um ihn und-bergaß ihn nie.

Unterdessen würde die Stadt Lissabon in Portugal durch ein Erdbeben zerstört, und der siebenjährige Krieg ging vorüber, und Kaiser Franz der Erste starb, und der Jesuitenorden wurde aufgehoben und Polen geteilt, und die Kaiserin Maria Theresia starb, und der Struensee wurde hingerichtet, Amerika wurde frei, und die vereinigte französische und spanische Macht konnte Gibraltar nicht erobern. Die Türken schlossen den General Stein in der Veteraner Höhle in Ungarn ein, und der Kaiser Joseph starb auch. Der König Gustav von Schweden eroberte Russisch-Finnland, und die französische Revolution und der lange Krieg gingen an, und der Kaiser Leopold der Zweite ging auch ins Grab. Napoleon eroberte Preußen und die Engländer bombardierten Kopenhagen, und die Ackerleute säeten und schnitten. Der Müller mahlte, und die Schmiede hämmerten, und die Bergleute gruben nach den Metalkavern in ihrer unterirdischen Werkstatt.

Als aber die Vergleute in Falun im Jahre 1809 etwas vor oder nach Johannis zwischen zwei Schächten eine Öffnung durchgraben wollten, gute dreihundert Ellen tief unter dem Boden, gruben sie aus dem Schutt und Vitriolwasser den Leichnam eines Jünglings heraus, der ganz mit Eisenvitriol durchdrungen, sonst aber unverwest und unverändert war, also daß man seine Gesichtszüge und sein Alter noch völlig erkennen konnte, als wenn er erst vor einer Stunde gestorben oder ein wenig eingeschlafen wäre an der Arbeit. Als man ihn aber zu Tag herausgeholt hatte, Vater und Mutter, Freunde und Bekannte waren schon lange tot, kein Mensch wollte den schlafenden Jüngling kennen oder etwas von seinem Unglück wissen, bis die ehemalige Verlobte des Bergmanns kam, der eines Tages auf die Schicht gegangen war und nimmer zurückkehrte. Grau und zusammengekrümpt kam sie an einer Krücke an den Platz und erkannte ihren Bräutigam, und mehr mit freudigem Entzücken als mit Schmerz sank sie auf die geliebte Leiche nieder, und erst als sie sich von einer langen, heftigen Bewegung des Gemüts erholt hatte, sagte sie endlich: „Es ist mein Verlobter, um den ich fünfzig Jahre lang getrauert hatte und den mich Gott noch einmal sehen läßt vor meinem Ende. Acht Tage vor der Hochzeit ist er auf die Grube gegangen und nimmer gekommen.“ Da wurden die Gemüter aller Umstehenden von Wehmut und Tränen ergriffen, als sie sahen die ehemalige Braut jetzt in Gestalt des hingewekelten kraftlosen Alters und den Bräutigam noch in seiner jugendlichen Schöne, und wie in ihrer Brust nach fünfzig Jahren die Flamme der jugendlichen Liebe noch einmal erwachte; aber er öffnete den Mund nimmer zum Lächeln oder die Augen zum Wiedererkennen; und wie sie ihn endlich von den Vergleuten in ihr Stübchen tragen ließ, als die einzige, die ihm angehört und ein Recht an ihm habe, bis sein Grab gerüstet sei auf dem Kirchhof.

Den andern Tag, als das Grab gerüstet war auf dem Kirchhof und ihn die Vergleute holten, schloß sie ein Kästlein auf, legte ihm das schwarzseidene Halsstuch mit roten Streifen um und begleitete ihn in ihrem Sonntagsgewand, als wenn es ihr Hochzeitstag und nicht der Tag der Beerdigung wäre. Denn als man ihn auf dem Kirchhof ins Grab legte, sagte sie: „Schlafe nun wohl, noch einen Tag oder zehn im kühlen Hochzeitbett und laß dir die Zeit nicht lange werden. Ich habe nur noch wenig zu tun und komme bald, und bald wird's wieder Tag. Was die Erde einmal wiedergegeben hat, wird sie zum zweiten Male auch nicht behalten“, sagte sie, als sie fortging und noch einmal umschaute.

Humoristische Ecke.

überfall.

Paul und Pauline liegen in den Kissen. Paul sagt einen Witz. Pauline nicht minder. Die Uhr schlägt Mitternacht. Plötzlich fährt Pauline hoch.

„Paul!“

„Was?“

„Einbrecher!“

„Wo?“

„Hier im Zimmer!“

Paul drückt auf den Schalter. Licht flammt auf. Ein Mann steht vor ihnen. Mit Blendlaterne und Maske. Mit Stemm-eisen und Dolch.

„Hände hoch!“ reißt Paul seinen Revolver unter dem Kopfkissen hervor.

Der Einbrecher zittert wie Espenlaub.

„Dir werden wir's geben“, springt Paul aus dem Bett.

„Pauline, halbe den Revolver, ich ziehe mich schnell an. Den Lumpen schlepe ich zur Polizei. Wo ist meine Hufe, mein Hemd, mein Rock? So, jetzt bin ich fertig. Pauline, gib mir den Revolver wieder. Es wird eine Weile dauern, Pauline, Sorge dich nicht. Jetzt vorwärts, Kerl, marsch auf die Polizei!“

Paul stößt den Einbrecher vor sich her. Die Tür fällt hinter ihnen ins Schloß. Die Straße ist menschenleer. Da steckt Paul den Revolver in die Tasche und klopf dem Einbrecher lachend auf den Rücken.

„Fein hast du das gemacht, Otto — das werde ich dir nie vergessen — und jetzt schnell in eine nette Bar — das ist seit sechs Wochen das erste Mal, daß ich wieder einmal ohne meine Frau bummeln kann.“

J. H. R.

Das Hemd als Uniform.

„Arbeit und Recht“, Nr. 3/4 vom 30. Januar 1932, das Blatt der Werkvereiner (RvA) — Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine) bringt folgende Bekanntmachung:

„RvA-Kameraden, jetzt euch dafür ein, daß allüberall unsere RvA-Tracht zur Einführung gelangt! Da sich jeder Arbeit-kamerad mindestens einmal im Jahr ein Hemd kauft, so könnten im Frühjahr d. J. zumindest alle RvA-Jungmänner und diejenigen Kameraden, die noch jugendfrische Verantwortung in sich fühlen, im Besitz unserer RvA-Tracht sein! Wir werden auch im neuen Reich marschieren müssen!“

Wenn schon bei den jungen Teutschen die Verantwortung im Hemde zum Ausdruck kommt, wie mag es da erst bei den alten Teutschen aussehen. Wenn man übrigens ein Hemd ein Jahr lang trägt, ist es entweder gelb oder braun, und riechen wird es fürchterlich.